

Bevölkerungspolitik, um die es in diesem Text geht, ist eine Methode des modernen Imperialismus zur Unterwerfung, Beherrschung und Ausbeutung der Menschen in den drei Kontinenten.

Bevölkerungspolitik war zugleich Instrument der nationalsozialistischen Politik von „Auslese und Ausmerzung“, die theoretische „Erkenntnisse“ der Sozialbiologie und Eugenik in mörderische Praxis umsetzte gegen diejenigen Menschen, die sie als „minderwertig“ einstufte, aber als Arier/innen nicht aufgrund ihrer Rassenpolitik per se zur Vernichtung bestimmte. Bevölkerungspolitik war und ist noch heute in unterschiedlichen Formen gegen Teile der Metropolenbewohner/innen gerichtet, die, sei es qua Herkunft oder qua „Behinderung“, nicht der herrschenden Norm entsprechen.

Eine Darstellung und Analyse von Bevölkerungspolitik kann nicht darauf verzichten, alle ihre Aspekte und Methoden zu berücksichtigen und als Teile eines Ganzen zu benennen. Dennoch konzentriert sich dieser Text hauptsächlich auf die Bevölkerungspolitik, die von seiten der reichen gegen die Menschen der armen Länder praktiziert wird, da diese Praxis heute quantitativ wie qualitativ alle gegen „innen“ gerichteten Maßnahmen übertrifft und aufgrund des bis in weite Teile der Linken und Frauenbewegung verbreiteten Rassismus und Eurozentrismus auf einen Konsens bauen kann, den zumindest infrage zu stellen eine Absicht dieses Textes ist.

INGRID STROBL

STRANGE FRUIT

BEVÖLKERUNGSPOLITIK: IDEOLOGIEN –
ZIELE – METHODEN – WIDERSTAND

1991

ANARCHAFEMINISMUS BIBLIOTHEK

In diese Sammlung wird vorrangig das aufgenommen, was aus den Archiven eines radikalen Feminismus recht selektiv ausgegraben wurde und was weniger eine „anarchafeministische“ oder anarchistische Diskussion widerspiegelt, sondern das von dem ich – und vielleicht auch die eine oder andere gelegentlich zu dieser Sammlung beitragende Person – mir vielmehr erhoffe, dass es eine solche Diskussion, also eine spezifisch anarchistische Diskussion rund um Patriarchat inspirieren möge.

*Diesen und viele weitere Texte findest du auch digital unter
anarchafeminismus.noblogs.org*

*Login: **anarchafeminismus** lesen*

*Zugangsdaten: **R7MCea1BsNHk***

*Kontakt ist und bleibt weiterhin:
anarchafeminismus-bibliothek@riseup.net*

Vorbemerkung

„Was für Maßregeln und Vorkehrungen auch der Eroberer trifft: Wenn er die Einwohner nicht auseinanderreißt und verstreut, vergessen sie ihre Freiheit und Verfassung nie und suchen sie bei jeder Gelegenheit wiederzuerlangen (...) daher ist es für den Eroberer am sichersten, sie zu vernichten“

– Niccolò Macchiavelli

Der Kontinent, der seit Jahrhunderten die anderen Kontinente ausplündert, versklavt und vergewaltigt, benannte sich nach einer Vergewaltigten: Europa, die, so berichtet der Mythos, von Zeus in Gestalt eines Stieres „genommen“ wurde.

1992 feiert Europa, den quasi offiziellen Beginn seiner fortgesetzten Vergewaltigung der von ihm eroberten Kontinente. Das symbolische Datum 1492 steht für den Beginn eines neuen Zeitalters, dessen Grundlage – Raub, Mord und deren ideologische Rechtfertigung – vor 500 Jahren zwar nicht neu geschaffen, aber siegreich behauptet und, den neuen Möglichkeiten angemessen, modifiziert, weiterentwickelt und globalisiert wurden.

1492 steht für den Beginn der Kolonisierung Amerikas, das ist bekannt und wird von allen Seiten gemäß der jeweiligen politischen Position gewürdigt. 1492 steht jedoch auch für die Kolonisierung Afrikas und damit den Beginn des Sklavenhandels; für den Übergang zu institutionalisierten Hexenverfolgung in Europa; und für die Vertreibung der spanischen Juden. All diese Ereignisse stehen nicht zusammenhanglos und zufällig nebeneinander, sondern sie bedingen einander gegenseitig und signalisieren bereits die enge und komplizierte Verflechtung von Kolonialismus, Rassismus und Patriarchat (wenn auch noch in anderer Ausprägung und Begrifflichkeit), die das moderne Europa konstituierten, und die den heutigen Imperialismus Europas und seiner ehemaligen Kolonie USA ermöglichen und kennzeichnen.

Die Eroberung des amerikanischen Kontinents, die Conquista, begann als die christliche Eroberung der von den Arabern beherrschten Regionen Spaniens, die Reconquista, gerade siegreich abgeschlossen war. Die christlichen Fürsten vollzogen diesen Abschluss durch die Vertreibung der besiegten Araber, die von grausamen Massakern begleitet wurde, und durch die Vertreibung der Juden: Das Edikt vom März 1492, nach dem alle Juden Spanien bis zum 31. Juli verlassen haben mussten, beendete die Massenfolterungen an den Juden, die nicht bereit waren, sich taufen zu lassen. Juden und Araber waren der „innere“ Feind, gegen

den sich die Methoden entwickeln und erproben ließen, die wenig später gegen die Bevölkerungen Amerikas angewandt wurden.

1487 erschien der sogenannte „Hexenhammer“ (Malleus Maleficarum), eine Mischung aus Ermittlungshandbuch (woran erkennt man Hexen) und Strafprozessordnung (wie sind sie zu verurteilen), der in Teilen Europas zum Instrumentarium der nun erst in ihrem bekannten Ausmaß beginnenden Hexenverfolgung avancierte. Der „Hexenhammer“ systematisierte die bis dahin kirchlicher Rechtssprechung unterliegende Hexen- und Ketzer-Verfolgung, und machte sie damit praktikabel für die weltliche Justiz. Zwischen neun und 30 Millionen Frauen wurden in knapp 250 Jahren der „Hexerei“ überführt und getötet. Diese Verfolgung und Ermordung von Millionen angeblicher und zum Teil auch tatsächlicher Gegnerinnen der sich etablierenden neuen Ordnung war Teil der innereuropäischen Kolonisierung. Die Frauen als die „Wilden“ der Metropole mussten wie die „Wilden“ in den Kolonien zur Vernunft gebracht, das heißt unterworfen, oder liquidiert werden.

1471 begann die portugiesische Kolonisierung Afrikas, 1517 der Handel mit den versklavten Bewohner/inn/en des Kontinents. Die, aufgrund der teilweisen Ausrottung der Indigenas, in Amerika fehlenden Arbeitskräfte wurden von den neuen Herren durch die schwarzen Sklaven ersetzt. Die Geschichte der Eroberung und Kolonisierung Amerikas ist somit gleichzeitig die Geschichte der Eroberung und Versklavung Afrikas und der Verschleppung eines nicht geringeren Teiles seiner Bevölkerung. Eine Tatsache, die – nicht zufällig – auch heute vergessen und selbst von den Gegnerinnen und Gegnern der 500-Jahr-Feiern ignoriert wird.

Was in diesen, 1992 gefeierten oder angeklagten 500 Jahren verbrochen und für weitere Verbrechen entwickelt wurde, ist die Grundlage für das Entstehen wie das Funktionieren des heutigen Imperialismus. Bevölkerungspolitik, um die es in diesem Text geht, ist eine Methode des modernen Imperialismus zur Unterwerfung, Beherrschung und Ausbeutung der Menschen in den drei Kontinenten.

Bevölkerungspolitik war zugleich Instrument der nationalsozialistischen Politik von „Auslese und Ausmerzung“, die theoretische „Erkenntnisse“ der Sozialbiologie und Eugenik in mörderische Praxis umsetzte gegen diejenigen Menschen, die sie als „minderwertig“ einstufte, aber als Arier/innen nicht aufgrund ihrer Rassenpolitik per se zur Vernichtung bestimmte. Bevölkerungspolitik war und ist noch heute in unterschiedlichen Formen gegen Teile der Metropolenbewohner/innen gerichtet, die, sei es qua Herkunft oder qua „Behinderung“, nicht der herrschenden Norm entsprechen.

Eine Darstellung und Analyse von Bevölkerungspolitik kann nicht darauf verzichten, alle ihre Aspekte und Methoden zu berücksichtigen und als Teile ei-

nes Ganzen zu benennen. Dennoch konzentriert sich dieser Text hauptsächlich auf die Bevölkerungspolitik, die von seiten der reichen gegen die Menschen der armen Länder praktiziert wird, da diese Praxis heute quantitativ wie qualitativ alle gegen „innen“ gerichteten Maßnahmen übertrifft und aufgrund des bis in weite Teile der Linken und Frauenbewegung verbreiteten Rassismus und Eurozentrismus auf einen Konsens bauen kann, den zumindest infrage zu stellen eine Absicht dieses Textes ist.

I.

Bevölkerungspolitik ist der geplante, methodische Eingriff in das generative Verhalten von Bevölkerungen oder Bevölkerungssegmenten. Die praktische Grundlage von Bevölkerungspolitik ist Familienplanung. Familienplanung bedeutet die Planung des generativen Verhaltens durch eigenes Handeln. Konkret: Ein Paar bestimmt, wieviele Kinder es wann bekommen will. Es trennt damit die Fortpflanzung von der reinen Sexualität, indem es dafür sorgt, dass der sexuelle Akt nur dann auch zum Befruchtungsakt wird, wenn es das so will.

Diese sehr abstrakt gehaltene Definition von Familienplanung verfälscht jedoch den realen Gehalt dessen, was sie definieren will. Realität ist, dass nicht ein Paar das Kind bekommt, sondern die Frau. Beide Sexualpartner tragen dazu bei, dass ein Kind entsteht, doch schwanger wird nur die Frau, nur die Frau gebiert das Kind, und nur die Frau ist in patriarchalen Gesellschaften letztlich für das Kind verantwortlich. In patriarchalen Gesellschaften wird der Frau zwar häufig eine eigene Sexualität abgesprochen, sie wird jedoch für ihre Fruchtbarkeit alleine verantwortlich gemacht. Praktisch bedeutet das, dass auch nur die Frau Familienplanung betreibt. Sie fühlt sich verantwortlich für die Verhütung – und sie ist es auch. In patriarchalen Gesellschaften sind Wissenschaft und Forschung – wie alle wichtigen gesellschaftlichen Bereiche – männliches Terrain. Da Männer forschen und Frauen schwanger werden, forschen Männer nicht nach Mitteln, die die Zeugungsfähigkeit des Mannes steuern, sondern fast ausschließlich nach Mitteln, die die Fruchtbarkeit der Frau regulieren. Und selbst die wenigen Methoden, die an der Zeugungsfähigkeit des Mannes ansetzen, wie die Sterilisierung des Mannes, setzen sich in patriarchalen Gesellschaften nicht durch. Obwohl die Sterilisierung des Mannes einen medizinisch sehr viel einfacheren und problemloseren Eingriff darstellt, als die der Frau, wird sie nur selten praktiziert.

Familienplanung – unter den genannten Bedingungen – hat zur Voraussetzung, dass der Frau sowohl das Wissen um Verhütungsmethoden als auch die erforderlichen Mittel zugänglich sind. Lebt die Frau in einer sozialen Situation,

in der ihr Verhütung nicht möglich ist, bleibt ihr nur die Abtreibung. Das heißt es bleibt ihr nur eine Methode, mit der sie akut ihr eigenes Leben oder zumindest ihre Gesundheit gefährdet. In den modernen Gesellschaften verfügen Frauen nicht mehr – wie zum Teil ihre historischen Vorfahrinnen – über ein autonomes Wissen, das sie befähigt, die Vorgänge ihres Körpers selbst zu beeinflussen. Sie sind auf die technisch-medizinische Entwicklung angewiesen – und ebenso auf den Zugang zu den technisch-medizinisch entwickelten Mitteln.

Bevölkerungspolitik besteht darin, die Familienplanung aller einzelnen Paare, die eine bestimmte Bevölkerung oder ein bestimmtes Bevölkerungssegment ausmachen, zu beeinflussen, zu planen und zu kontrollieren. Konkret bedeutet das: Bevölkerungspolitik determiniert und manipuliert die Fruchtbarkeit der Frauen eines bestimmten Bevölkerungssegments.

Bevölkerungspolitik wird sowohl von einzelnen Staaten gegen die eigene Bevölkerung praktiziert, als auch von einzelnen Staaten oder Interessensgemeinschaften von Staaten gegen die Bevölkerungen anderer Staaten oder Staatengruppen. Die Bundesrepublik zum Beispiel betreibt innerstaatliche (pronatalistische) Bevölkerungspolitik durch – unter anderem – finanzielle Zuwendungen für Kinder, durch Steuererleichterungen für Familien, durch den Paragraphen 218, etc. Gleichzeitig betreibt die Bundesrepublik im Verbund mit den reichen Staaten des Nordens Bevölkerungspolitik gegen die arme Bevölkerung der drei Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika.

Bevölkerungspolitik liegt im Interesse jeder Form von Herrschaft. Die jeweils Herrschenden, sei es auf politischer, ökonomischer, militärischer oder religiöser Ebene, wünschen das Wachstum „ihrer“ Bevölkerung in ihrem eigenen Interesse zu beeinflussen. Sei es, dass sie mehr Kinder für erforderlich halten – um zum Beispiel genügend Menschenmaterial für geplante Kriege zur Verfügung zu haben – oder sei es, dass sie glauben, weniger Kinder würden den Wohlstand der Nation fördern.

Die Regierungen der reichen Nationen bestimmen ihre binnenstaatliche Bevölkerungspolitik jeweils autonom. Sie nennen sie nicht Bevölkerungs- sondern Familienpolitik. Bevölkerungspolitik im Sinne multilateral organisierter Strategie wird von den Industrieländern des Nordens gegen die Bevölkerung der drei Kontinente betrieben. Die Regierungen der armen Nationen richten ihre binnenstaatliche Bevölkerungspolitik heute nach dem jeweiligen Diktat der reichen Industriestaaten aus, so wie sie sich auch im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich an das Diktat des Nordens zu halten haben.

Quasi alle Nationen der drei Kontinente des Trikont, sind sogenannte Schuldnerländer. Die systematische Ausbeutung ihrer Ressourcen und ihrer Menschen durch die alten Kolonialmächte und durch die heutigen imperialistischen Metropolen hat diese Nation in eine – unter den herrschenden Bedingun-

[56] zitiert nach Materialien gegen Bevölkerungspolitik

[57] zitiert nach Davis

[58] zitiert nach ebenda

[59] siehe ebenda

[60] zitiert nach Thalmann, Rita: Frausein im Dritten Reich, München/Wien 1984

[61] siehe Ebbinghaus, Angelika (Hrsg.): Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus, Nördlingen 1987

[62] siehe ebenda

[63] siehe Thalmann

[64] siehe Ebbinghaus; Friedrich, Jörg: Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik, Frankfurt 1986

[65] Davis

[66] Weiße Herrschaft – Rassismus und Imperialismus, in: Metropolen(gedanken) & Revolution? Texte zur Patriarchats-, Rassismus- und Internationalismuskussion, Berlin 1991

[67] Viehmann, Klaus u.a.: Drei zu Eins – Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus, in: Metropolen(gedanken)

Abkürzungen

AID – Agency for International Development (Internationale Entwicklungsagentur)

BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit

FAO – Welt-Gesundheits- und Ernährungs Organisation

IPPF – International Planned Parenthood Federation (Internationale Familienplanungs Föderation)

IWF – Internationaler Währungsfond

PC – Population Council (Bevölkerungsrat)

PDA – Population and Development Association (Bevölkerungs- und Entwicklungs- Gesellschaft)

UNFPA – UN Bevölkerungsfonds

UNHCR – UN-Flüchtlingshochkommissar

UNICEF – Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen

WHO – Weltgesundheitsorganisation

[25] Zum gesamten Kapitel Puerto Rico siehe: Mass; Materialien gegen Bevölkerungspolitik; und Davis, Angela: Rassismus und Sexismus. Schwarze Frauen und Klassenkampf in den USA, Berlin 1982

[26] siehe Materialien gegen Bevölkerungspolitik; Solidarische Welt Nr. 128, Dezember 1989: Kinder haben oder keine ...? Bevölkerungspolitik gegen Frauen, Berlin 1989

[27] E.coli-bri Nr. 6, Hamburg Januar 1990

[28] siehe Wichterich

[29] siehe Wichterich; Große Anfrage der Grünen; E.coli-bri Nr. 6

[30] siehe Wichterich; Materialien gegen Bevölkerungspolitik

[31] siehe Solidarische Welt Nr. 128

[32] siehe ebenda; Große Anfrage der Grünen; Peripherie Sonderdruck: Bevölkerungspolitik, Nr. 36, 9. Jg., Berlin Juni 1989

[33] siehe ebenda

[34] siehe E.coli-bri Nr. 6, Solidarische Welt Nr. 128

[35] siehe E.coli-bri Nr. 6

[36] siehe ebenda; Solidarische Welt Nr. 128; Materialien gegen Bevölkerungspolitik

[37] siehe Große Anfrage der Grünen; E.coli-bri Nr. 6; Solidarische Welt Nr. 128

[38] zitiert nach E.coli-bri Nr. 6

[40] Große Anfrage der Grünen

[41] afp-Meldung in: Die Tageszeitung 11.1.1991

[42] siehe solidarische Welt Nr. 128

[43] siehe Aguilar/Vogel

[44] siehe Frauen. Ein Weltbericht

[45] siehe E.coli-bri Nr. 6

[46] zitiert nach ebenda

[47] siehe ebenda; Solidarische Welt Nr. 128

[48] Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien. Beiträge vom 2. Bundesweiten Kongress in Frankfurt, 28.-30.10.1988, München 1989

[49] siehe ebenda

[50] siehe E.coli-bri Nr. 6

[51] siehe ebenda

[52] siehe ebenda; Solidarische Welt Nr. 128

[53] zitiert nach Fanon, Frantz: Schwarze Haut und Weiße Masken, Frankfurt 1980

[54] siehe Mackensen u.a. (Hrsg.): Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart, Frankfurt 1989

[55] siehe Materialien gegen Bevölkerungspolitik; Peripherie Sonderdruck

gen – ausweglose Armut getrieben. Diese von ihnen produzierte Armut wiederum nutzen die reichen Metropolen, um die armen Nationen zur permanenten Aufnahme gewaltiger Schulden zu zwingen. Heute arbeiten die Menschen in den drei Kontinenten weitgehend nur noch dafür, die Zinsen dieser Schulden zurückzuzahlen. Da dies faktisch unmöglich ist, nehmen ihre Regierungen weitere Kredite auf – Kredite, die zum Teil dafür verwendet werden, die Zinseszinsen der alten Kredite zu begleichen. Neue Kredite werden jedoch von den Interessensgemeinschaften der Gläubigerstaaten nur unter bestimmten Bedingungen vergeben. Eine dieser Bedingungen lautet: die jeweilige Regierung des armen Landes muss bevölkerungspolitische Maßnahmen ergreifen und/oder bevölkerungspolitische Maßnahmen seitens internationaler Organisationen befürworten und unterstützen. Konkret: Die Schuldnerländer müssen dafür sorgen, dass sich ihre Geburtenrate drastisch verringert.

Das leuchtet auf den ersten Blick nicht ein. Logisch gedacht müsste man annehmen, je mehr Menschen arbeiten, desto mehr Wohlstand könnten sie erwirtschaften, desto mehr Zinsen könnten als auch zurückgezahlt werden. Es stellt sich somit die Frage, warum Bevölkerungspolitik überhaupt betrieben wird, anders gesagt, worin ihr Nutzen für die reichen Industrienationen liegt.

II.

Die Bevölkerungspolitiker selbst beziehungsweise ihre Propagandisten antworten darauf mit einer Fülle von Argumenten, die sich sowohl an die potentiell Betroffenen richten, als auch an die „eigene“ Bevölkerung, die von der Richtigkeit und Notwendigkeit dieser Politik gegen die „Dritte Welt“ überzeugt werden soll. Ihre Argumente variieren hier je nach den Erfordernissen, sie orientieren sich an der sozialen Sensibilität der jeweiligen Zielgruppe und fallen entsprechend plumper oder feiner aus.

Das inzwischen klassische und am breitesten akzeptierte Argument für Bevölkerungspolitik ist die Drohung mit der sogenannten „Bevölkerungsbombe“ oder „Bevölkerungsexplosion“. Beide Begriffe vermitteln etwas katastrophales, unkontrollierbares, beängstigendes. Sie wecken Ängste und damit das Bedürfnis nach einer Macht, die dieses Unheil von uns abwendet, die das Unkontrollierbare unter Kontrolle bringt.

Das Argument, es drohe eine Bevölkerungsexplosion bedient gleichzeitig zwei unterschiedliche soziale Haltungen: Zum einen die des Privilegierten, der seine Privilegien in Gefahr sieht – „Wenn die so weiter machen, dann fegen sie uns Weiße vom Erdball, dann fressen sie uns noch die Haare vom Kopf, dann rollen sie als Flüchtlingsfluten über unsere Zivilisation hinweg, dann ist die weiße

Rasse in Gefahr, dann geht das Abendland unter.“ Zum anderen die Haltung des Altruisten, der Mitleid mit den Armen empfindet. „Wenn die so weiter machen, dann haben sie bald gar nichts mehr zu essen, dann bringen sie sich noch gegenseitig um, dann können sich die armen Frauen nie emanzipieren, bei so vielen Kindern.“

Der Kern dieses Argumentes ist die Behauptung, dass die Armen ihre Armut selbst verschulden. Demnach entsteht Armut dadurch, dass die Armen sich unkontrolliert vermehren, während sie nicht in der Lage sind, ihre eigene Ernährung und die ihrer Kinder zu garantieren. Dabei wird vorausgesetzt, dass nur ein bestimmtes Quantum an Nahrungsmitteln vorhanden und produzierbar ist, und dass die Anzahl der Nahrungsbedürftigen diese Menge kontinuierlich übersteigt. Dieses Argument ist das scheinbar logischste. Wer die Welt nur in ihren Gegebenheiten betrachtet, ohne nach deren Ursachen und Veränderbarkeit zu fragen, wird sich davon problemlos überzeugen lassen.

Die folgenden Beispiele sollen diese klassische Argumentation verdeutlichen. Das erste stammt von Paul Ehrlich, einem der Chefideologen modernen Bevölkerungspolitik. Ehrlich erklärt zuerst anhand einer persönlichen Erfahrung, wie ihm die Brisanz des Themas bewusst wurde:

„Verstandesmäßig ist mit das Problem der Bevölkerungsexplosion schon seit langem klar, gefühlsmäßig habe ich es erst vor ein paar Jahren in einer heißen, übelriechenden Nacht in Delhi begriffen. Zusammen mit meiner Frau und meiner Tochter befand ich mich in einem uralten Taxi auf dem Heimweg zu unserem Hotel. Auf den Sitzen wimmelte es von Flöhen. (...) Während wir im Schrittempo durch die Stadt fuhren, kamen wir durch ein dichtbevölkertes Elendsviertel. (...) Die Straßen waren voll von Menschen. Menschen, die aßen, sich wuschen, schliefen. Menschen, die schwatzten, stritten und kreischten. Die ihre Hände durch das Taxifenster streckten und bettelten. Die urinierten und ihren Darm entleerten. Die sich an Busse klammerten und Vieh trieben. Menschen, Menschen, Menschen, Menschen. Während der Wagen langsam, laut hupend durch die Menschenmassen fuhr, gaben Staub, Lärm, Hitze und Feuerstellen der Szene etwas Höllisches. Würden wir jemals unser Hotel erreichen? Offen gesagt, wir fürchteten uns alle drei – als könnte jeden Augenblick etwas geschehen (...). (...) seit jener Nacht kenne ich das Gefühl der Überbevölkerung.“
[1]

Nachdem er so seine Leserinnen und Leser einlädt, sich mit dem Ekel und der Angst des Herrenmenschen vor dem Geziefer der Untermenschen zu identifizieren, erläutert er die – zwar möglicherweise brutalen, aber eben unausweichlichen – Gegenmaßnahmen:

Fußnoten

- [1] Wichterich, Christa (Hrsg.): Zum Beispiel Bevölkerungspolitik, Bornheim-Merten, 1988
- [2] ebenda
- [3] ebenda
- [4] Weltbevölkerungsbericht 1989. Vorrang für Frauen: Der Schwerpunkt für die 90er Jahre, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Bonn 1989
- [5] ebenda
- [6] ebenda
- [7] siehe Wichterich
- [8] siehe ebenda
- [9] el Saadawi, Nawal: Tschador. Frauen im Islam, Bremen 1980
- [10] siehe Wichterich
- [11] Der Spiegel 2/1991
- [12] siehe Große Anfrage der Abgeordneten Frau Schmidt, Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN zur Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an bevölkerungspolitischen Programmen in Entwicklungsländern, Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/4901, Bonn 1989; Wichterich; Aguilar/Vogel (Hrsg.): Frauen in Lateinamerika: Alltag und Widerstand, Hamburg 1983
- [13] siehe Wichterich
- [14] siehe el Saadawi
- [15] Der Spiegel 2/1991
- [16] New Internationalist (Hrsg.): Frauen. Ein Weltbericht, Berlin 1986
- [17] Die Tageszeitung 7.1.1991
- [18] siehe Mass, Bonnie: Population Target. The Political Economy of Population Control in Latin America, Toronto 1976; Autonomie Neue Folge Nr. 10: Antimperialismus in den 80er Jahren, Hamburg 1982; Materialien gegen Bevölkerungspolitik, Hamburg 1989
- [19] siehe Mass und Autonomie Nr. 10
- [20] siehe Frauen. Ein Weltbericht
- [21] siehe 9. Bundeskongress der Flüchtlinge und EmigrantInnen (Reader), Oldenburg 1989; Blätter des Informationszentrum dritte Welt, Nr. 169: Festung Europa. Rassismus – Ausgrenzung – Migration, Freiburg November 1990
- [22] Frauen. Ein Weltbericht
- [23] ebenda
- [24] siehe 9. Bundeskongress der Flüchtlinge; Blätter des IZ3W

denkende Subjekte der Geschichte und des Kampfes um die Aufhebung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung.

„Manchmal erschreckt mich die Einstellung der Amerikaner, die der Gedanke schockiert, dass unsere Regierung als Preis für die Ernährungshilfe die Bevölkerungskontrolle fordern könnte. (...) Wir müssen unnachgiebig auf die globale Einführung der Bevölkerungskontrolle drängen. Gern würde ich ein paar angenehmere Lösungen anbieten, aber ich fürchte, dass die Zeit hierfür schon längst vorbei ist. Krebs ist ein hemmungsloses Vermehren von Zellen, die Bevölkerungsexplosion ist ein hemmungsloses Vermehren von Menschen. Behandelt man nur die Symptome der Krebserkrankung, wird sich der Kranke zuerst vielleicht besser fühlen, unter Umständen jedoch sterben, oft unter unerträglichen Schmerzen. Ein ähnliches Schicksal hat die Welt von der Bevölkerungsexplosion zu erwarten, wenn nur deren Symptome behandelt werden. Wir müssen uns umstellen und versuchen, die Krebsgeschwulst zu entfernen, statt die Symptome zu behandeln. Diese Operation wird viele offensichtlich brutale und herzlose Entscheidungen verlangen und viel Leid verursachen. Aber die Krankheit ist schon so weit fortgeschritten, dass der Patient nur noch mit einer radikalen Behandlung überhaupt eine Überlebenschance hat.“ [2]

Das zweite Zitat stammt von Hoimar von Ditfurth, der über großes moralisches Prestige verfügt. Seine scheinbar von Mitleid mit den Ärmsten zeugenden Thesen zielen auf eine eher sozial fühlende Klientel:

„Auch heute werden wieder 40 000 Kinder sterben – alle zwei Sekunden eins. Sie verhungern. (...) Furchtbar? Viel schlimmer: Wenn diese Kinder nicht stürben, wenn sie nicht in den Armen ihrer Mütter verhungerten (...) wenn sie etwa überlebten (...) um selbst Kinder zu haben, dann wäre die Katastrophe noch weitaus größer. Es mag zynisch klingen, dass ihr tausendfacher, lautloser Tod die Erde vor einer Situation bewahrt, die alles heutige Sterben bei weitem überträfe. (...) Denn für jedes einzelne Kind, das heute durch die Aktivitäten solcher Organisationen gerettet wird, wird es in der nächsten Generation vier oder fünf oder sechs geben.“ [3]

Die Ideologen der Bevölkerungspolitik gehen mit der Zeit. Sie untersuchen sorgfältig die jeweiligen gesellschaftlichen Trends und Bewusstseinsmoden wie die realen Ängste und Bedürfnisse der Metropolenmenschen. Sie registrieren jedes Aufkeimen von Widerstand gegen neue und alte menschenfeindliche Projekte. Und sie haben gelernt, dass man solchen Widerstand, wenn schon nicht verhindern, so doch begrenzen kann: Das Zauberwort dafür heißt Akzeptanz. Akzeptanzforschung begleitet heute jedes neue ökonomische, politische und soziale Projekt. Akzeptanzforschung untersucht die vorhandenen oder drohenden gesellschaftlichen Widerstände gegen ein geplantes Vorhaben und entwickelt möglichst erfolgreiche Methoden, um das geplante Projekt als menschenfreundlich,

zukunftsweisend, arterhaltend, arbeitsplätze-schaffend oder wie auch immer positiv darzustellen.

Zwei der aktuellsten Themen dieser Jahre sind die Frauenemanzipation und der Umweltschutz beziehungsweise die Zerstörung der Umwelt durch die moderne Industriegesellschaft. Indem nun die Ideologen der Bevölkerungspolitik ihr Anliegen mit zum Beispiel der Sorge um die Umwelt verbinden, schlagen sie zwei Fliegen mit einer Klappe. Sie lenken von den wahren Verursachern der Umweltprobleme ab. Und, wo nötig, ersetzen sie das Argument, die Armen würden aufgrund der Überbevölkerung verhungern.

Zumindest in Teilen der Bevölkerung hier existieren zur Zeit ein bestimmter Informationsstand und eine gewisse Sensibilität in Bezug auf den sogenannten Nord-Süd-Konflikt. Das heißt, Teile der Bevölkerung ahnen zumindest, dass die Armut der Armen nicht unbedingt oder nicht ausschließlich von diesen selbst verursacht ist. Gerade diese Kreise sind aber auch äußerst umweltbewusst. Und sie treten – zumindest verbal – für die Emanzipation der Frauen ein. Die ideale Propaganda muss es daher verstehen, beide Themen, Frauen und Umwelt miteinander zu verknüpfen.

So erklären die Bevölkerungspolitiker neuerdings, die Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt verursache die schrecklichsten Umweltkatastrophen: Weil die von Hunger bedrohten Menschen die Erde überausbeuten und auslaufen, weil sie die unersetzlichen Wälder roden, um an Brennstoff zu gelangen, oder um neues Ackerland anzulegen – das sie dann wiederum durch Überbeanspruchung auslaugen und so weiter und so fort. Der von der UNFPA (UN-Bevölkerungsfonds) für 1988 herausgegebene „Weltbevölkerungsbericht“ stellt fest:

„Entscheidende Ursachen der zunehmenden Belastung und Zerstörung der natürlichen Ressourcen sind das rapide Bevölkerungswachstum und der rasch ansteigende Bedarf an Nahrungsmitteln, Energie und Rohstoffen in der Dritten Welt.“ [4]

Zugleich wird Bevölkerungspolitik seit ein paar Jahren als praktische Unterstützung der Frauen propagiert, als direkte Förderung ihrer Emanzipation. Frauen werden neuerdings wichtig genommen. In der aktuellen bevölkerungspolitischen Diskussion wird ihnen dabei eine Doppelrolle zugewiesen: Zum einen soll ihre Emanzipation gefördert werden, zum anderen werden sie für die Bevölkerungsexplosion – und damit implizit und explizit für die Zerstörung von Ressourcen und Umwelt verantwortlich gemacht. Gegen beide Übel – ihre mangelnde Emanzipation und ihre umweltfeindliche Fruchtbarkeit sei dasselbe Kraut gewachsen: Die Beschränkung ihrer Fruchtbarkeit. So heißt es im „Weltbevölkerungsbericht“ für 1988:

Die Aneignung von Kenntnissen und generell das solidarische Interesse an anderen Menschen hätten allerdings bereits hier zu beginnen, in der eigenen, täglich erfahrbaren Metropolenrealität. Die Menschen aus den armen Ländern leben nicht nur in ihren Herkunftsländern, sondern auch in bundesdeutschen Städten. Ebenso leben hier, wenn auch aus bekannten Gründen wenige, Jüdinnen und Juden. Hier, mitten unter uns leben die „behinderten“ und „unheilbar“ kranken Menschen, die wieder von Aussonderung und Tötung bedroht sind. Eine Feministin, ein Linker, die sich nicht zumindest die Frage stellen, warum sie hier, in der eigenen Stadt weder mit Migrant/inn/en noch mit Jüdinnen und Juden, noch mit „Behinderten“ auch nur näher bekannt, geschweige denn befreundet sind, überschätzen sich, wenn sie annehmen, sie seien zur Solidarität mit Menschen fähig, die tausende Kilometer entfernt unter radikal anderen Bedingungen leben. Ein Internationalismus, Antirassismus, Antisexismus, die auf eine genaue Analyse sowohl der allgemeinen Grundstruktur als auch der Differenziertheit, Vielfalt und Verflochtenheit patriarchal-imperialistischer Herrschaft verzichten, sind nichts weiter als mit wohlklingenden Parolen verbrämter Eurozentrismus.

Der Theoriefeindlichkeit und Verweigerung von Wissen korrespondiert die allgemeine Geschichtslosigkeit. Rassismus in Deutschland beginnt nicht mit der Ausländerfeindlichkeit. Er hat eine lange Vorgeschichte, die zum Beispiel auch die deutschen Kolonien in Afrika und damit die Ausrottung der Hereros und anderer afrikanischer Völker durch den deutschen Kolonialismus einschließt. Und die in der Shoa, der Vernichtung der europäischen Juden gipfelt. Letztere liegt erst 50 Jahre zurück und ihre Planer, Praktiker und Profiteure haben die Struktur der bundesrepublikanischen Gesellschaft wesentlich mitbestimmt. Eine deutsche Linke, die sich nicht mit dieser jüngsten und noch fortwirkenden Geschichte, die sich nicht mit Antisemitismus (dem herrschenden, wie dem nicht a priori auszuschließenden eigenen) auseinandersetzt, verfügt weder über die nötigen politischen, moralischen und theoretischen Voraussetzungen, sich ernsthaft über Rassismus zu äußern, noch über das Recht, sich selbst als antirassistisch zu bezeichnen.

Die Auseinandersetzung mit und erst recht der Widerstand gegen Bevölkerungspolitik sind nur dann sinnvoll, wenn sich die Handelnden der eigenen Geprägtheit, Beschränktheit und Privilegiertheit ebenso radikal bewusst wie bereit sind, diese Voraussetzungen zu überwinden in der praktischen Solidarität mit Frauen und Bevölkerungsgruppen, gegen die sich Bevölkerungspolitik richtet. Praktische Solidarität hieße sodann nicht Mitleid mit den Opfern und Export oder andienen von Lösungsstrategien, sondern die Bezugnahme auf die von Bevölkerungspolitik bedrohten und/oder betroffenen Menschen als handelnde und

Ein Grund ist aber mit Sicherheit die spätestens seit den 80er Jahren grassierende Theoriefeindlichkeit und Geschichtslosigkeit in weiten Teilen der bundesdeutschen Linken. Wer den Gegner und seine häufig sehr differenzierten und komplizierten Methoden nicht kennt, deren/desen Kampf muss verpuffen oder zu Verbalradikalismus verkommen. Wer die Subjekte des – angeblich gemeinsamen – Kampfes, ihre konkreten Lebensbedingungen, Vorstellungen, Schwierigkeiten nicht kennt, die/der ist zu wirklicher Solidarität unfähig. Mangelndes und/oder oberflächliches Wissen verhindert notwendig jeden Ansatz zu einer internationalistischen Politik, die sich nicht auf Schlagworte beschränkt: „Theoriefeindlichkeit ist eine teilweise Selbstentwaffnung, weil ohne Theorie nur noch unmittelbar erfahrene Herrschaft registriert wird ohne deren Struktur, Geschichte und globale Reichweite. (...) Je weißer, je männlicher, je reicher, je metropolitaner, desto größer die solidarische Verpflichtung, sich diese (Realität der Unterdrückung) als Lernprozess anzueignen, um dann effektive Solidarität üben zu können.“ [67]

Findet dieser Lernprozess nicht statt, wirken die unbewussten eigenen Selektionsmechanismen weiter, werden die eigenen Erfahrungen und Bedürfnisse blind auf alle Menschen, egal wie und wo sie leben, projiziert. Feministinnen zum Beispiel, die gegen das Diktat zur Mutterschaft, mit dem sie als weiße Metropolenfrauen konfrontiert sind, das Recht auf Kinderlosigkeit fordern, neigen dazu, ihre Vorstellungen von Selbstbestimmung auf die Frauen in den drei Kontinenten zu übertragen und damit Bevölkerungspolitik in den armen Ländern – würde sie sich nur freundlicherer Mittel bedienen – letztlich für etwas Gutes zu halten. Während männliche Linke dazu tendieren, ohne an die Produzentinnen zu denken die Produktion von möglichst vielen potentiellen Revolutionären zu befürworten und alle Möglichkeiten zu einer Regulierung als konterrevolutionär zu verdammen. Weder die einen noch die anderen kümmern sich um die (ihnen unbekannte) konkrete Situation und die (ihnen gleichfalls unbekannten) jeweiligen Bedürfnisse der Frauen, um die es ihnen angeblich geht, und deren Realität sie darüberhinaus noch großzügig verallgemeinern und bis zur Unkenntlichkeit abstrahieren. So wenig es „die Menschen“ an sich gibt, „die Europäer“ oder „die Frauen“, so wenig gibt es „die Menschen“ beziehungsweise „die Frauen“ in den armen Ländern. Das Leben einer Bäuerin in Kenia sieht anders aus als das einer fliegenden Händlerin in Guatemala und das einer Fabrikarbeiterin auf den Philippinen. Gemeinsam ist ihnen allen die Tatsache, dass sie als Frauen und als Arme in den ehemaligen Kolonialländern patriarchaler und rassistischer imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung unterworfen sind. Die spezifischen Formen und Methoden ihrer Ausbeutung und Unterdrückung jedoch unterscheiden sich ebenso wie die spezifischen Formen und Methoden ihrer Unterwerfung oder Gegenwehr sich unterscheiden.

„Das Ausmaß, in dem Frauen über Angelegenheiten, die ihr Leben betreffen, frei entscheiden können, könnte der Schlüssel zur Zukunft nicht nur der armen, sondern auch der reicheren Länder sein. Ob als Mutter, Verantwortliche für die Produktion von Nahrungsmitteln, Brennmaterial und Wasser oder für die Versorgung mit diesen Dingen des täglichen Lebens, ob als Händlerinnen und Herstellerinnen, als Führungskräfte in Politik und Gemeinde: die Frauen stehen im Mittelpunkt des Wandlungsprozesses.“ [5]

Und daraus schließen die Autoren:

„Die Bereitstellung von Familienplanungsleistungen ist vielleicht einer der besten Wege, in Frauen zu investieren. Außerdem wird gleichzeitig auch das Bevölkerungswachstum entscheidend beeinflusst.“ [6]

Diese Argumente, die sich einer geschickteren Sprache bedienen, als etwa ein Paul Ehrlich, scheinen auf den ersten Blick einleuchtend – und sie leuchten auch vielen ein. In Wirklichkeit stellen sie Tatsachen auf den Kopf, die nur die Untersuchung der dahinter liegenden Interessen wieder auf die Füße zu stellen vermag.

III.

Der Begriff Überbevölkerung provoziert Vorstellungen von Enge, Überfülltheit, von Menschenmassen, die dicht gedrängt zusammenleben. Bezieht man den Begriff auf die reale Bevölkerungsdichte eines Landes, ergibt sich ein anderes Bild, oder zumindest ein anderes Verhältnis als das suggerierte. Die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel war 1984 mit 245 Einwohnern pro Quadratkilometer dichter besiedelt als Indien, wo nur 205 Menschen auf einem Quadratkilometer lebten. Unter den zehn am dichtesten besiedelten Ländern der Erde befinden sich fünf nordeuropäische Staaten. Die Schweiz, Dänemark, die Bundesrepublik, Belgien und die Niederlande waren 1984 wesentlich dichter bevölkert, als zum Beispiel Bolivien, der Tschad und Somalia, deren Bevölkerungsdichte erst an 18., 19. und 20. Stelle rangiert. [7] Dennoch gelten gerade diese drei Staaten als verantwortungslos überbevölkert.

Nun kann man dagegen einwenden, dass die reine Besiedelungsdichte nichts aussagt. Dass man die Anzahl der Menschen in Relation zu den Nahrungsmitteln und Rohstoffen setzen müsse. Tatsächlich verfügen die Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz, Dänemarks und der Bundesrepublik über weit mehr Ressourcen als die Bewohnerinnen und Bewohner Boliviens, Somalias

und des Tschad. Entscheidend ist jedoch, woher die Ressourcen stammen, über die die Länder des Nordens verfügen.

Die Bevölkerung der Industrieländer stellt knapp ein Viertel der Weltbevölkerung. Sie verbraucht allerdings über drei Viertel der weltweit produzierten Rohstoffe, Energie und Nahrungsmittel. Eine Deutsche zum Beispiel verbraucht 17 mal so viel Energie, wie eine Inderin. Ein US-Amerikaner verbraucht 27 mal so viel Energie wie ein Chinese. [8] Die Kinder in den arabischen Ländern verbrauchen an lebenswichtigen Nahrungsbestandteilen (wie Proteinen und Vitaminen) ein Zehntel dessen, was in den USA an Hunde und Katzen verfüttert wird. [9] Durch das Bevölkerungswachstum in den Industrieländern werden achtmal so viele Ressourcen beansprucht, wie durch das zehnmal höhere Bevölkerungswachstum in den Ländern der sogenannten Dritten Welt. [10]

In den Ländern des Trikont wird der Hauptanteil des Bodens nicht für den Anbau von Nahrungsmitteln zur Ernährung der Bevölkerung genutzt, sondern für den Anbau von Exportwaren. Auf kostbarem Ackerland wird Maniok angebaut, der dann in den EG-Ländern an Tiere verfüttert wird, ebenso wie Soja (das die westliche Industrie auch als Bindemittel missbraucht). Die bundesdeutschen Bauern zum Beispiel verfüttern den größten Teil des Soja-Importes an ihr Vieh – das sind pro Jahr fast 2,5 Millionen Tonnen. [11]

Bangladesh ist nicht nur das am dichtesten besiedelte, sondern auch eines der ärmsten Länder der Welt. Dennoch stellte die FAO (Welt-Gesundheits- und Ernährungs Organisation) fest, dass Bangladesh seine Bevölkerung, selbst wenn sie sich verdoppeln würde, noch im Jahr 2000 ausreichend ernähren könnte. Unter der Bedingung, dass das anbaufähige Land intensiver – und vorwiegend für den Eigenbedarf genutzt würde. In Brasilien besitzt ein Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe 60 Prozent der nutzbaren Fläche. Die Mehrzahl aller kleinen Betriebe muss dagegen auf drei Prozent der Fläche wirtschaften. Gleichzeitig lassen die Großgrundbesitzer und Agrokonzerne weite Teile des Landes, das sie besitzen, brach liegen. Allein die Enteignung dieser Brachflächen würde ausreichen, um einer Landbevölkerung von 39 Millionen Menschen eine Anbaufläche zur Verfügung zu stellen, die doppelt so groß wäre, wie die Bundesrepublik Deutschland. [12]

Armut oder Wohlstand sind keine Fragen der Bevölkerungsdichte, sondern eine Verteilungsfrage. Die Menschen in der sogenannten Dritten Welt verhungern nicht, weil sie zu viele Kinder produzieren, sondern weil der Reichtum, den sie produzieren, nicht ihnen selbst, sondern fast ausschließlich der sogenannten Ersten Welt zugute kommt. Dank dieser Weltwirtschaftsordnung leben 800 Millionen Menschen in absoluter Armut; 450 Millionen Menschen leiden Hunger; 2,8 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser und 2,4 Milliarden Menschen haben keine Gesundheitsversorgung. [13] Im Jahr 1978 starben

Dieser Widerspruch ist über das konkrete Beispiel hinaus verallgemeinerbar. Die Selbstbezogenheit und damit einhergehende Blindheit gegenüber anderen bestimmt auch das Verhältnis von Linken/Feministinnen in der Bundesrepublik zu den Frauen in den arm gehaltenen Ländern, zu den hier lebenden Migrant/inn/en und Flüchtlingen und zu den Menschen, die der herrschenden Norm nicht entsprechen. Das drückt sich aus in der relativen bis völligen Gleichgültigkeit der bundesdeutschen Linken gegenüber Rassismus, Sexismus und Antisemitismus, einer faktischen Indifferenz, die jenseits aller Parolen ihre Praxis kennzeichnet. Es ist kein Zufall, dass bis auf wenige linksradikale Zusammenhänge, fast ausschließlich Frauen in den letzten Jahren das Thema Rassismus zur Diskussion stellten, und dass selbst diese Frauen dazu weniger von der Realität der hier lebenden Ausländer/innen angestoßen wurden, als von Texten aus England und den USA.

Es ist weiter kein Zufall, dass, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in der Linken und Frauenbewegung die zwei Seiten der Medaille Bevölkerungspolitik, nämlich ihr Angriff auf die Frauen der drei Kontinente und ihr Angriff auf die Menschen in den Metropolen, die nicht der herrschenden Norm entsprechen, kaum je als eben die zwei Seiten einer Medaille erkannt und bekämpft werden.

Die herrschende Norm, die vor 50 Jahren in diesem Lande arisch, gesund und arbeitswillig bedeutete, heißt heute im wesentlichen nord/west-europäisch (beziehungsweise weiß und nordamerikanisch) und leistungsfähig. Sie unterscheidet wertend zwischen männlich und weiblich und sie sitzt, selbst wo sie (scheinbar) aus den Köpfen vertrieben wurde, noch in den (und sei es unbewussten) Gefühlen. Wer – wie viele Linke und Feministinnen – meint, die Welt aus den eigenen Erfahrungen und Bedürfnissen heraus erklären und verändern zu können, wird sich letztlich nur die eigene kleine Welt erklären, sie verabsolutieren und dabei nichts verändern.

Die Ursachen für das Versagen eines Großteils der Linken als ernstzunehmende Internationalist/inn/en liegen – unter anderem – darin, dass auch Linke und Feministinnen Teil der bürgerlichen Gesellschaft sind, von ihr geprägt und an ihren Privilegien, und sei es auch noch so marginal, teilhabend: „Zu verwoben ist unser Leben mit den sich international manifestierenden Gewaltverhältnissen (...) und macht uns persönlich, bewusst oder unbewusst, aktiv oder strukturell, zu rassistischen und sexistischen Kollaborateuren im Kampfverhältnis.“ [66]

Einer antagonistischen und auf Befreiung zielenden Theorie und Praxis muss daher die selbstkritische Erkenntnis und Analyse dieser Involviertheit vorangehen. Dass dieser erste Schritt so selten gemacht wird und selbst dann oft nicht zu weiteren Konsequenzen führt, hat vielfältige Gründe, die hier nicht ausführlicher untersucht werden können.

rung quasi unerfüllbaren Einreisebedingungen und den ausführlichen Ausweisungs- und Abschiebebestimmungen) unter anderem den „Familienzuzug“, den erforderlichen Wohnraum pro Person (also inklusive Kinder) etc. restriktiv regelt. Menschen, die der herrschenden Norm „geistig“ und „gesundheitlich“ nicht entsprechen, werden zusehends offener mit Zwangssterilisation und Euthanasie bedroht. Sterilisations-Aktionen gegen ganze „Hilfsschul“-Klassen und Psychiatrie-Stationen sind durchaus keine „skandalösen Einzelfälle“, auch wenn sie in der Presse, wenn überhaupt, nur als solche gemeldet werden.

Die florierende Debatte über den „Wert oder Unwert“ von „behindertem“ Leben und das „Recht“ auf Euthanasie, eine zunehmend auf „Selbstverantwortung“ basierende Gesundheitsreform, öffentliche Kosten-Nutzen-Kalkulationen im Bereich Pflege und Altenversorgung und eine expandierende Gen- und Reproduktionstechnologie zeigen deutlich die Richtung an, in die Bevölkerungspolitik nach „innen“ künftig betrieben werden soll. Diese Tendenz korrespondiert dem Auf- und Ausbau der sich gegen (nicht verwertbare) Flüchtlinge abschottenden „Festung Europa“ und der immer weniger verholenen Liquidierung von „Überschussbevölkerung“ in den drei Kontinenten.

Der breite Konsens, auf den die Bevölkerungspolitiker in den Metropolen bauen können, und den sie durch mehr oder weniger geschickte Propaganda jeweils aktuell fördern, existiert nicht nur in konservativen bis reaktionären Kreisen oder in „verdummten Volksschichten“. Er reicht bis in Teile der Linken und der Frauenbewegung. Auch sie sind nicht gefeit gegen Eurozentrismus und Rassismus, gegen die herrschenden Normvorstellungen und gegen einen Kampf um „Befreiung“, die nur ihre eigene meint.

Angela Davis fragt sich in ihrem Buch „Sexismus, Rassismus und Klasse“, warum die Frauenbewegung in den USA die Sterilisationspolitik gegen schwarze und farbige Frauen nie aufgriff geschweige denn angriff. Sie kommt zu dem Schluss:

„In den Organisationen, die die Interessen der weißen Frauen aus der Mittelklasse vertreten, ist eine gewisse Abneigung zu spüren, die Forderungen der Kampagnen (der schwarzen puertoricanischen, indigenen, etc. Frauen, IST) gegen den Sterilisationsmissbrauch zu unterstützen, da diesen Frauen sehr oft das Recht auf Sterilisation verwehrt wird, wenn sie sich zu diesem Schritt entschieden haben. Wie die farbigen Frauen bei jeder Gelegenheit genötigt werden, auf Dauer unfruchtbar zu werden, werden die weißen Frauen aus ökonomisch gesicherten und wohlhabenden Verhältnissen von den gleichen Kräften genötigt, sich zu vermehren. Was auch immer diese Erschwernisse für die weißen Mittelstandsfrauen bedeuten mögen – für die rassistisch unterdrückten und armen Frauen steht das grundsätzliche Recht auf Nachkommenschaft auf dem Spiel.“ [65]

in den arabischen Ländern rund eine Million Kinder an Unterernährung und Krankheiten; im selben Jahr wurden die offiziellen Gewinne der fünf größten US-Ölfirmen mit 360 Milliarden Dollar angegeben. [14] Nach aktuellen Statistiken von UNICEF sterben weltweit jährlich 14 Millionen Kinder. [15] In Bangladesh stirbt jedes zweite Kind nach der Geburt. [16] Anfang Januar 1991 meldete ap: „In Afrika drocht nach Angaben von Hilfsorganisationen 20 Millionen Menschen der Hungertod.“ [17]

IV.

Der Begriff Überbevölkerung bezeichnet keine Tatsache. Er dient vielmehr der Interpretation von Tatsachen, einer Interpretation, die wiederum bestimmten Interessen dient. Eine Untersuchung dieser Interessen würde eine umfassende Analyse der Weltwirtschaftsordnung, das heißt des Imperialismus, genauer: des patriarchalen Imperialismus erfordern. Hier seien daher nur drei Aspekte hervorgehoben, die unmittelbar miteinander verknüpft sind: Vernichtung der Armen anstelle der Armut; präventive Aufstandsbekämpfung; Begrenzung von Migration.

Armut ist kein bedauerliches Versehen, sondern notwendige Folge und zugleich Bedingung der Beherrschung des Südens durch den Norden. Aufbauend auf die „Vorleistungen“ des Kolonialismus intensivierte der moderne Imperialismus den Raubbau an den Rohstoffen und Menschen der drei Kontinente. Die Ware Arbeitskraft kostet fast nichts in den Ländern des Südens. Das Land, das diese Billigstarbeitskräfte bebauen, gehört den multinationalen Konzernen und einer Handvoll einheimischer Großgrundbesitzer. Die Rechte an den Rohstoffen, die sie zutage fördern, gehören den Multis. Die Industrien, in denen die trikontinentalen Arbeiter und vor allem Arbeiterinnen für einen Hungerlohn Waren produzieren, gehören europäischen und US-amerikanischen Firmen. Solange diese Menschen noch ein kleines Stück Land besaßen, das sie bewirtschaften konnten, solange sie noch eine Kuh oder ein paar Hühner hatten, waren viele von ihnen nicht bereit, sich den kapitalistischen Arbeitsbedingungen ohne weiteres zu unterwerfen. Das heißt, sie waren nicht bereit, Tag für Tag stundenlang für einen Hungerlohn zu schuften. Sie arbeiteten nur fallweise auf den großen Plantagen oder in den Fabriken, immer dann wenn sie etwas wollten oder brauchten, das über die normale tägliche Ernährung hinausging, die ihnen die Subsistenzwirtschaft mehr oder weniger gut sicherte. Mit derart unzuverlässigen und vergleichsweise unabhängigen Arbeitskräften lässt sich jedoch kein Geschäft machen. Vorrangiges Ziel des internationalen Kapitals war es daher, diese Subsistenzwirtschaft zu zerstören und damit die Menschen ihrer Existenz-

grundlage zu berauben. Erst wenn sie keinen Rückhalt in der Subsistenzproduktion mehr hatten, waren sie frei verfügbar für die kapitalistische Produktion und gezwungen, sich deren Bedingungen zu unterwerfen.

Bereits in den 50er Jahren intervenierte die US-Regierung direkt in die Nahrungsmittelproduktion der drei Kontinente. Sie lieferte an verschiedene Länder Tonnen von Weizen, der sehr viel billiger war als die im Land angebauten Grundnahrungsmittel. Die Kleinbauern und Händler verloren damit ihre Lebensgrundlage, denn niemand kaufte mehr ihren Mais, ihre Hirse oder ihren Reis. Der nächste Schritt war die Industrialisierung der Landwirtschaft durch Maschinen, Kunstdünger und alle anderen Errungenschaften der Agrotechnik. Die kleinen und mittleren Bauern konnten mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten und mussten ihr Land an die Multis verkaufen. In einigen – von Diktaturen regierten – Ländern wurde direkter Zwang angewandt, das heißt die kleinen Bauern wurden ihres Landes mit offener Gewalt beraubt. Die Folge war eine Massenabwanderung der Menschen in die Städte. Das internationale Kapital hatte sein Ziel erreicht: Millionen Menschen waren gezwungen, sich den neuen Arbeitsbedingungen zu fügen. Damit entstand allerdings ein neues Problem: Es gab nun sehr viel mehr verarmte Menschen, als an Arbeitskräften in den Plantagen, Bergwerken und Fabriken benötigt wurden. Diese Massen von Hungernden konnten nur zum Teil als Arbeitskräftereservoir dienen. Zu einem größeren Teil waren sie – im Sinne des Kapitals – einfach überflüssig. Überschuss. Anders gesagt: Überbevölkerung. [18]

Anfang der 70er Jahre wurde in den Braintrusts der Metropolen eine Variation von Triage entwickelt, um diese Überschussbevölkerung abzubauen. Der Begriff Triage stammt ursprünglich aus der Militärmedizin. Er bedeutet Dreiteilung und meint die Selektion der Kriegsverletzten in drei Gruppen: Diejenigen, die wieder kampffähig gemacht werden können, diejenigen, deren Wiederherstellung aus bestimmten Gründen für lohnend erachtet wird, und diejenigen, deren Wiederherstellung nicht mehr lohnt. Die Angehörigen der letzten Gruppe werden medizinisch nicht mehr versorgt und somit bewusst dem Tod ausgeliefert. In der imperialistischen Weltwirtschaftsordnung wird diese Selektion auf die Bevölkerung der drei Kontinente übertragen. Triage bedeutet hier das gezielte Verhungernlassen ganzer Bevölkerungssegmente, der sogenannten Überschussbevölkerung. [19]

Diese Politik der Triage trifft in erster Linie Frauen. Frauen, 50 Prozent der Weltbevölkerung, stellen die Mehrheit der Armen und die Ärmsten unter den Armen. Sie leisten zwei Drittel aller Arbeitsstunden – wofür sie nur ein Zehntel des Welteinkommens erhalten. [20] Während Männer dank der patriarchalen Rollenverteilung relativ mobil sind, werden Frauen zu relativer Unbeweglichkeit gezwungen. Männer können sich – egal wie viele Kinder sie haben – alleine aufma-

Frauen darüber informiert, dass sie für eine Abtreibung nicht bestraft würden, da ein Schwangerschaftsabbruch in ihrem Falle im Interesse des deutschen Volkes sei. [63]

In den ersten Jahren des „Tausenjährigen Reiches“ wurden die Maßnahmen zur späteren Tötung „unwerten Lebens“ entwickelt und eingeleitet. Mit Beginn des Krieges wurden sie praktisch umgesetzt. Wer der von Eugenikern und Rassentheoretikern seit der Jahrtausendwende entworfenen und von den nationalsozialistischen „Experten“ dekretierten Norm („arisch“, „gesund“, „arbeitswillig“) nicht entsprach, wurde erfasst und ausgesondert. Die Skala der „Untermenschen“ war in sich hierarchisch abgestuft, von „arbeitsscheuen“ „Ariern“ über „Minderrassige“ bis zu den Juden, deren Vernichtung am offensten propagiert, am perfektsten geplant und bis in das Chaos der letzten Kriegstage systematisch durchgeführt wurde.

Die Niederlage des Dritten Reiches setzte seiner Vernichtungspolitik ein Ende. Sozialdarwinistisch inspirierte und eugenische Forschung und Sozialpolitik setzten sich jedoch in der Bundesrepublik fort. Sie rekurrieren auf die aktuell weiterverwertbaren Erfahrungen des Nationalsozialismus und sie zeichnen sich durch eine erstaunliche auch personelle Kontinuität aus. „Rassentheoretiker“, „Zigeunerexperten“ und Euthanasiebefürworter besetzten nach 1945 weiterhin wichtige Posten an den Universitäten, in Sozial-, Gesundheits- und Ausländerämtern und in der Politik. [64]

XI.

Bevölkerungspolitik ist rassistisch, sexistisch und Instrument des modernen Imperialismus. Sie dient sowohl materiell, als auch ideologisch der Durchsetzung und Festigung von Herrschaft. Sie legitimiert sich mittels der von der bürgerlichen Gesellschaft gesetzten Norm, ihrer Rassismen, Sexismen und Leistungskriterien und dient zugleich deren Erhalt. Sie selektiert Menschen in Fortpflanzungswürdige und behandelt sich gemäß dieser Wertung.

Bevölkerungspolitik heute ist primär gegen die Frauen der drei Kontinente gerichtet, sie wendet sich jedoch immer auch – wenngleich modifiziert und nicht in vergleichbarem Ausmaß – gegen Menschen in den Metropolen selbst. Frauen aus bestimmten sozialen Gruppen, Immigrantinnen und Flüchtlinge werden in der Bundesrepublik und in anderen Staaten der „Ersten Welt“ einer negativen Bevölkerungspolitik ausgesetzt, die von (meist inoffiziell) tolerierten Abtreibungen bis zur massiven „Überredung“ zur Sterilisation reicht. Das in Europa zunehmend homogenisierte Ausländerrecht ist auch Instrument der Bevölkerungspolitik, indem es (abgesehen von den für die Mehrheit der Weltbevölke-

1973 erregte die Geschichte der Reef-Schwestern kurzfristig die Öffentlichkeit. Die beiden 12- und 14jährigen schwarzen Mädchen waren ohne ihr Wissen sterilisiert worden. Aufgrund der Publizität in diesem Fall kamen weitere Skandale an die Öffentlichkeit. Allein in Montgomery, im Bundesstaat North-Carolina waren auf ähnliche Weise elf Mädchen unter 20 Jahren sterilisiert worden. [59] Nach einer Studie des Büro für Bevölkerungskontrolle an der Universität von Princeton waren bis 1970 20 Prozent der verheirateten schwarzen Frauen in den USA sterilisiert worden und etwa derselbe Prozentsatz der Chicanas. Nach Aussagen auf einem Hearing vor dem Senat waren bis 1976 ungefähr 24 Prozent aller native american Frauen („Indianerinnen“) im gebärfähigen Alter sterilisiert worden.

Die Geschichte des Sozialdarwinismus und der Eugenik in Deutschland weist in ihren Anfängen bis in die 30er Jahre starke Parallelen zur zeitgleichen Entwicklung in den USA auf. Sozialdarwinismus, Rassenlehre und Eugenik wurden allerdings in Deutschland durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten in einem Ausmaß umgesetzt, das – als systematische Ermordung von Millionen Menschen – einmalig ist.

Bereits im Kaiserreich und später in der Weimarer Republik gewannen Eugeniker, Rassenhygieniker und (häufig in Personalunion) die Vertreter eines „wissenschaftlichen“ Antisemitismus zunehmend an Einfluss. Im Jahr 1900 zeichnete die Krupp-Stiftung das Buch „Vererbung und Auslese im Leben der Völker“ des bayerischen Arztes Dr. Wilhelm Schallmeyer aus, der sein Werk als „staatswissenschaftliche Studie auf Grund der neueren Biologie“ bezeichnete. Schallmeyer fordert die „permanente eugenische Kontrolle“ der deutschen Bevölkerung: Die Ärzte, als Beauftragte des Staates, sollen die – mit Hilfe von „Familienbüchern“ und einer Kartei erbbiologisch erfasste – Bevölkerung sondieren. Wer ihrer Ansicht nach „rassisch wertvolle“ Nachkommen produziert, soll gefördert, „schädliche Varianten“ dagegen sollen sterilisiert werden. [60]

Was Schallmeyer und andere forderten und die deutsche Großindustrie förderte, wurde nach 1933 konsequent in Praxis umgesetzt. Bereits im Juli 1933 wurde das Gesetz „Zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erlassen. Von nun an mussten Menschen, die als schwachsinnig, schizophren, manisch-depressiv, als Epileptiker, blind, taub, etc. klassifiziert wurden, der Gesundheitsbehörde zur Sterilisation gemeldet werden. [61] Zwischen 1934 und 1945 wurden im Deutschen Reich über 300 000 Personen sterilisiert. Die Zwangssterilisation wurde durch die Euthanasie ergänzt, der auch Neugeborene und Kinder bis zu drei Jahren zum Opfer fielen. [62]

Im September und Oktober 1935 wurden die Nürnberger Rassengesetze erlassen, das Gesetz „Zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ und das sogenannte „Ehegesundheitsgesetz“. Im März 1939 wurden jüdische

chen, um in einem anderen Teil des Landes oder der Welt Arbeit und Einkommen zu suchen. Frauen müssen dagegen da bleiben, wo sie sind, denn sie tragen die Verantwortung für die Kinder, die sie nicht einfach im Stich lassen können.

Wenn Frauen gezwungen sind, ihren Herkunftsort, ihre Herkunftsregion zu verlassen, dann nehmen sie die Kinder mit – und kommen daher nicht weit. Jährlich flüchten Menschen in den drei Kontinenten vor Hungersnöten, Bürgerkrieg und politischer Verfolgung. Insgesamt wird die Zahl der Flüchtlinge auf 20 Millionen geschätzt. 90 Prozent dieser 20 Millionen sind Frauen und Kinder. Sie gelangen nur bis in das nächstgelegene Flüchtlingslager im Nachbarland, wo sie oft wieder vom Verhungern bedroht sind. [21]

In patriarchalen Gesellschaften drückt sich die Hierarchie der Geschlechter auch im einfachsten Überleben aus. Frauen essen weniger als Männer, häufig auch weniger als ihre männlichen Kinder. Am wenigsten Essen bekommen die Töchter, weshalb sie auch am schnellsten sterben. Einschlägige Untersuchungen in Afrika, Asien und Lateinamerika haben gleichermaßen ergeben, dass Mädchen stärker unterernährt sind als Jungen. [22]

Unter den Lebensbedingungen der drei Kontinente werden Schwangerschaft und Geburt für zahllose Frauen zu einer Bedrohung ihrer Gesundheit und ihres Lebens. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation gehören Komplikationen bei Schwangerschaft und Entbindung zu den fünf häufigsten Todesursachen bei Frauen im gebärfähigen Alter. Die Zahl der Frauen, die an den Folgen einer Geburt schwer erkranken, wird auf jährlich 25 Millionen geschätzt. Zwei Drittel aller schwangeren Frauen in der sogenannten Dritten Welt leiden an Anämie. [23] Diese Beispiele sind nur ein Ausschnitt aus einer Fülle von Fakten, die belegen, dass imperialistische Politik als patriarchale Politik Frauen in größerem Maße trifft als Männer.

Triage ist ein wirksames Mittel zur Beseitigung der sogenannten Überschussbevölkerung. Sie setzt jedoch an bereits vorhandenen Menschen an, an Menschen die vielleicht um ihr Überleben gekämpft und sich gegen ihre Vernichtung gewehrt haben. Ein sowohl billigeres als auch effektiveres Instrument der Bevölkerungsregulierung ist die Bevölkerungspolitik im klassischen Sinne des Wortes, also der methodische Eingriff in das generative Verhalten der Menschen, konkret: der Frauen. Kinder, die erst gar nicht geboren werden, bilden keine Überschussbevölkerung, die man dann verhungern lassen muss.

Kinder, die gar nicht erst geboren werden, können auch nicht zu Revolutionärinnen und Revolutionären heranwachsen. Die Ausbeutung der drei Kontinente und ihrer Menschen verläuft nicht ruhig und problemlos. Sie stößt immer wieder und überall auf Gegenwehr, sie ist spontan und einmalig, sei sie organisiert und langfristig. Die Geschichte der drei Kontinente ist auch eine Geschichte von Befreiungsbewegungen, von Brotaufständen und Plünderungen, von Streiks

und Landbesetzungen. Aufstandsbekämpfung ist daher ein wichtiger Sektor imperialistischer Politik. Aufstandsbekämpfung wird mit allen Mitteln betrieben, mit Geheimdienstoperationen, Folter, Vergewaltigung, mit Bomben, Maschinengewehren und „Hunger als Waffe“ – und, im Vorfeld, als präventive Aufstandsbekämpfung. Bevölkerungspolitik ist eine Methode der präventiven Aufstandsbekämpfung.

Nicht alle Menschen schließen sich der Guerilla an, nicht alle Menschen organisieren sich in Gewerkschaften oder anderen Interessensverbänden. Viele Menschen versuchen ihr Glück in einem anderen Land, wobei „Glück“ einfach nur bedeutet, sie bemühen sich, anderswo ein Einkommen zu finden. Ein Bruchteil dieser Menschen gelangt in die Länder des Nordens, doch selbst diese wenigen sind schon zu viele. Die Metropolen schotten sich systematisch gegen die (nicht verwertbaren) „Eindringlinge“ aus der Peripherie ab, Europa gleicht inzwischen einer fast unbetretbaren Festung. Bisher ist es von 20 Millionen Flüchtlingen auf der Welt nur 700 000 gelungen, bis nach Europa vorzudringen (nur ein Viertel von ihnen sind Frauen) [24]. Dennoch befürchten die reichen Metropolen dass sich – bei noch zunehmender Verarmung der drei Kontinente – Flüchtlingsströme gegen Norden in Bewegung setzen könnten. Auch aus diesem Grund gibt es ein massives Interesse an einer Verminderung der weltweiten Armutsbevölkerung.

Ein Beispiel aus der Praxis, das die miteinander verflochtenen Interessen an Bevölkerungspolitik in aller Deutlichkeit zeigt, ist Puerto Rico:

Die Insel kam um die Jahrhundertwende aus spanischem in US-amerikanischen Besitz. Ihre Bürgerinnen und Bürger besitzen zwar die amerikanischen Staatsbürgerschaft, aber kein Stimmrecht in US-amerikanischen Wahlen. Puerto Rico ist de jure ein Teil der USA, de facto eine Kolonie der Vereinigten Staaten. Unter spanischer Kolonialherrschaft produzierte die Insel ausreichend Nahrungsmittel für den Eigenbedarf. Die USA zentralisierten die Landwirtschaft und stellten sie auf Zuckerrohranbau und Plantagen um, die ausschließlich für den Export produzierten. In der Folge wurde Puerto Rico gezwungen, Grundnahrungsmittel aus den USA zu importieren, geriet in vollständige Abhängigkeit und konnte längst nicht mehr alle Einwohner ausreichend ernähren. Die Bauern hatten ihr Land verloren, die Mehrheit der Landarbeiter ihre Arbeit. Mitte der Dreißiger Jahre führte die zunehmende Verelendung zu sozialen Aufständen. Puerto Rico wurde zu einem sogenannten Unruheherd, eine nationale Befreiungsbewegung organisierte sich und begann für die Autonomie der Insel zu kämpfen. Gleichzeitig wanderten jährlich tausende Puertoricanerinnen und Puertoricaner in die USA aus, da sie auf ihrer Insel nicht mehr überleben konnten.

fördert und die Vermehrung der Schwachen, der „Minderwertigen“, der „Wertlosen“ ebenso gezielt reduziert würde.

In den Vereinigten Staaten und in Europa gewannen diese Lehren mit Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend an Einfluss. Sie wirkten nicht nur auf das öffentliche Bewusstsein, sondern auch auf die praktische Sozialpolitik. Bereits 1905 erklärte Präsident Theodore Roosevelt in einer Rede, „die Reinheit der Rasse (müsse) bewahrt werden“. Ein Jahr später erklärte er die fallende Geburtenrate der weißen Frauen zum „Rassenselbstmord“. 1911 wurde im Bundesstaat New York das erste rassenhygienische Amt der Welt gegründet. Seine Aufgabe bestand darin, den „Zusammenhang zwischen verschiedenen Erscheinungsformen der Minderwertigkeit und Armut zu suchen“. [56]

Welchen gesellschaftlichen Stellenwert die Eugenik in den 20er und 30er Jahren einnahm, und wie weitgehend sie auch fortschrittliche politische Bewegungen beeinflusste, belegt das Beispiel von Margaret Sanger in den USA. (Vergleichbare Tendenzen zeigen sich in Deutschland in der Gebärstreikdebatte der SPD.) Margaret Sanger, eine der Vorkämpferinnen der Geburtenkontrollbewegung, entwickelte sich zur Ideologin der Eugenik und des Sozialdarwinismus. Zu Beginn ihres politischen Engagements begriff sich Sanger als Sozialistin und Frauenrechtlerin. Sie kämpfte vor allem für das Recht der Frauen auf Verhütung und selbstbestimmte Mutterschaft. Da sie in der Sozialistischen Partei nicht die erhoffte Unterstützung fand, organisierte sie eine unabhängige Geburtenkontrollbewegung, die jedoch nicht lange unabhängig bleiben sollte. Sie geriet zunehmend unter den Einfluss der Rassenideologen und Eugeniker. 1919 schrieb Margaret Sanger in der Zeitschrift der Amerikanischen Liga für Geburtenkontrolle: „Das hauptsächliche Anliegen der Geburtenkontrolle“ sei „mehr Kinder von Tauglichen und weniger Kinder von Untauglichen.“ [57]

1922 schloss sich Margaret Sanger der Forderung der Eugeniker nach einer Einwanderungsbeschränkung an. (Zwei Jahre später wurden die neuen – restriktiven Einwanderungsgesetze von der US-Regierung verabschiedet.) Die von Sanger gegründete Liga für Geburtenkontrolle arbeitete immer häufiger mit der radikal rassistischen Amerikanischen Eugenischen Gesellschaft zusammen. 1932 befürwortete Sanger in einer Rundfunksendung die zunehmende Praxis der Zwangssterilisation. Margaret Sanger war inzwischen der Ansicht, dass nur eine radikale Geburtenkontrolle die Fortpflanzung von „Schwachsinnigen, geistig Behinderten, Epileptikern, Analphabeten, Armen, Arbeitsunfähigen, Kriminellen, Prostituierten, Rauschgiftsüchtigen“ verhindern könne. [58] Zu dieser Zeit hatten bereits 26 amerikanische Bundesstaaten Gesetze zur Zwangssterilisation erlassen. Hand in Hand mit der Eugenik gegen Arme und Behinderte ging die Bevölkerungspolitik gegen die Schwarzen, die sich bis heute ungebrochen fortsetzt.

Gute und Schlechte aufteilen, wobei er die Guten mit den Wohlhabenden, die schlechten mit den Armen identifizierte.

Arme gab es im England des späten 18. Jahrhunderts in großem Ausmaß. Die relativ schnelle und gewaltsame Umstellung des agrarischen Landes auf eine kapitalistische Industriegesellschaft hatte zu einer rapiden Verelendung breiter Teile der Landbevölkerung geführt. Malthus, der die französische Revolution aufmerksam verfolgte, setzte sich auch mit den Lehren der französischen Frühsozialisten auseinander, die erklärten, das Elend sei durch eine gerechte Gesellschaftsordnung abzuschaffen. Gegen diese Theorien verfasste Malthus seinen zweiten „*Essay on the Principles of Population*“, in dem er seine eigenen sozialphilosophischen Vorschläge darstellt. Ausgehend von der These, dass die Armut sich nur durch Beseitigung der Armen abschaffen ließe, plädiert Malthus für die sofortige Einstellung aller Sozialleistungen gegenüber den Armen, um so ihr natürliches Absterben nicht länger zu behindern. [54]

Etwa hundert Jahre später wurden die Grundideen der Malthus'schen Lehre von den Sozialdarwinisten wieder aufgenommen, vor allem von Spencer, einem Zeitgenossen Darwins und führenden Theoretiker des Sozialdarwinismus. Der Sozialdarwinismus beruft sich auf die Theorie Darwins, der in der Tierwelt ein Prinzip feststellte, nach dem sich im Daseinskampf stets der Stärkere durchsetzt, während der Schwächere untergeht. Darwin selbst zog keine sozialen Rückschlüsse aus seinen Beobachtungen. Ein Teil seiner Anhänger jedoch und vor allem Spencer übertrugen die aus der Beobachtung von Tieren geschlossenen Gesetzmäßigkeiten auf die menschliche Gesellschaft und zogen daraus sozialpolitische Konsequenzen. Ihre Argumentation lautet, etwas verkürzt, in etwa so: Der naturgesetzliche Sieg des jeweils Stärkeren im Daseinskampf bewirkt eine natürliche Auslese – das Schwächere, das Degenerierte, das nicht (mehr) Lebensfähige stirbt aus. Die menschliche Gesellschaft jedoch gehorcht nicht einschränkungslos den Naturgesetzen. Sie erstellt eigene, künstliche Gesetze, die dem Schwachen erlauben, zu überleben. Damit gefährdet der Mensch seine eigene Existenz als Gattung – Als Angehörige der weißen „Rasse“ und als Wissenschaftler der kapitalistischen Gesellschaft ging es den Sozialdarwinisten weniger um die Gattung an sich, als um die weiße Rasse und innerhalb der weißen Rasse um die oberen Bereiche der Schichtenskala. [55]

Basierend auf den Lehren von Malthus und des Sozialdarwinismus entwickelte sich um die Jahrhundertwende die Eugenik als eigener Sektor der (Sozial-)Biologie. Die Eugenik zielt auf die Erhaltung und Verbesserung der Rasse. Sie behauptet eine Verbesserung der Rasse sei methodisch planbar. Anders gesagt, der – in ihrem Sinne – ideale Mensch könne gezüchtet werden, indem die Vermehrung der Starken, der „Höherwertigen“, der „Wertvollen“ gezielt ge-

1935, auf dem Höhepunkt des puertoricanischen Widerstandes, startete die US-Regierung eine bevölkerungspolitische Kampagne, „la operation“ genannt. Der Name war wörtlich gemeint: Ziel der Kampagne war es, so viele puertoricanische Frauen wie möglich zu sterilisieren. In dem großangelegten Propagandafeldzug wurde der Inselbevölkerung erklärt, weniger Kinder bedeuteten mehr Wohlstand. Gleichzeitig wurden 53 Sterilisationskliniken eröffnet, die Entbindungsstationen aller anderen Krankenhäuser führten ebenfalls Sterilisationen durch. Zehn Jahre später waren bereits 21 Prozent der puertoricanischen Frauen unfruchtbar gemacht.

Zu dieser Zeit, Mitte der Vierzigerjahre, begann das US-amerikanische Kapital, die monokulturelle Zuckerindustrie der Insel durch moderne Industrieproduktion zu ersetzen. Potentiellen Investoren wurden Steuererfreiheit für Investitionen und geringe Lohnkosten angeboten, von denen ein Viertel durch die Staatskasse finanziert wurde. 2000 US-amerikanische Firmen ließen sich daraufhin auf Puerto Rico nieder, die großen US-Konzerne errichteten Zweigstellen auf der Insel. Das US-amerikanische Kapital verzeichnete in der Folge große Gewinne, die Verlierer des Investitionsschubes waren die Inselbewohner. In der hochtechnologisierten, ölverarbeitenden, chemischen und elektronischen Industrie, die nun die Insel beherrschte, wurden noch weniger Arbeitskräfte benötigt, als zuvor auf den Zuckerrohr und Obstplantagen. Der versprochene Wohlstand blieb aus, das Elend nahm zu – und damit die relative Überbevölkerung, das heißt der Anteil an Menschen, die nicht als Billigarbeitskräfte vernutzt werden konnten. 40 Prozent der Puertoricaner verließen die Insel, auf der sie keine Existenzmöglichkeiten mehr hatten.

Konsequenterweise intensivierte die US-Regierung ihre Politik der Geburtenbeschränkung. 1965 waren bereits 35 Prozent aller Frauen in Puerto Rico sterilisiert. Die amerikanischen Bevölkerungspolitiker rechtfertigten diese Ausrottungsstrategie mit dem Argument, die Frauen würden sich dem Eingriff freiwillig unterziehen, es herrsche sogar ein großer Bedarf danach. Dabei verschwiegen sie, dass parallel zu den Sterilisierungsangeboten fast alle Fürsorgemaßnahmen für Mutter und Kind gestrichen worden waren. Illegale Abtreibungen wurden mit zweijährigen Gefängnisstrafen geahndet. Ärzte erhielten pro durchgeführter Sterilisation 50 Dollar – eine nicht zu unterschätzende Motivation. Folglich setzte ein großer Teil der Gynäkologen auf die post-partum-Methode: Frauen wurden direkt nach der Geburt, also in einem akuten Erschöpfungszustand, zur anschließenden Sterilisation überredet.

Die Tatsache, dass bereits über ein Drittel der Bewohnerinnen Puerto Ricos sterilisiert ist, und auch die Tatsache, dass dieser Skandal inzwischen weltweit scharf kritisiert wird, bewirkt jedoch kein Ende der gezielten Ausrottungspolitik. Ende der 70er Jahre entwarfen die Puerto Rico-Experten in der US-Regierung

den sogenannten Plan 2020. Dieser Plan sieht vor, die Insel nur noch für drei Sektoren zu nutzen: für Militärbasen, für Hightech-Industrieparks und für den Abbau von Mineralien, die für die Konstruktion und den Transport von Atomwaffen benötigt werden. Nicht benötigt wird in diesem Projekt die Bevölkerung Puerto Ricos. Der Plan 2020 beinhaltet daher gleichzeitig die Reduzierung der Bevölkerung von derzeit vier Millionen auf nur noch anderthalb Millionen im Jahr 2020. [25]

V.

Bevölkerungspolitik wird von eigens dafür geschaffenen Einrichtungen und von speziellen Abteilungen internationaler und nationaler Institutionen betrieben. Die Gegnerinnen von Bevölkerungspolitik sprechen von einer regelrechten „Mafia“. Zu den größten und/oder effizientesten Organisationen zählen:

Die *Weltbank* und der *Internationale Währungsfonds (IWF)*; die dem US-Außenministerium direkt unterstellte *Agency for International Development (AID)*; das US-amerikanische *Population Council (PC)*, eine von John D. Rockefeller einberufene Konferenz für Demographie-Experten und Bevölkerungsspezialisten; Unterorganisationen der *Vereinten Nationen* wie vor allem der *United Nations Fund of Population Activities (UNFPA)*; die „private“ (das heißt offiziell nicht regierungsabhängige) *International Planned Parenthood Federation (IPPF)*, eine Dachorganisation für die verschiedenen nationalen Familienplanungsorganisationen (in der BRD zum Beispiel Pro Familia); und einzelstaatliche Regierungsinstitutionen, wie zum Beispiel in der Bundesrepublik das *Ministerium für Wirtschaftliche und Technische Zusammenarbeit (BMZ)*.

Bis etwa Anfang der 50er Jahre ging Bevölkerungspolitik in erster Linie von den Vereinigten Staaten aus. Eine Ausnahme stellt dabei fast nur die *IPPF* dar, die bereits 1948 gegründet wurde und von Anfang an international organisiert war. Auf der Weltbevölkerungskonferenz 1954 in Rom propagierten die USA die Notwendigkeit von Bevölkerungspolitik in den drei Kontinenten und die Notwendigkeit eines internationalen Engagements auf diesem Gebiet. Sie stießen damit vorerst kaum auf Zustimmung.

Eine Internationalisierung von Bevölkerungspolitik begann erst Anfang der 60er Jahre. 1962 erklärt die UNI die „Überbevölkerung“ der „unterentwickelten Länder“ zum Weltproblem Nummer eins. Damit wurde die Bevölkerungspolitik quasi gesellschaftsfähig, sie stand nun nicht mehr eindeutig unter dem Verdacht, ausschließlich US-amerikanischen Interessen zu dienen. Fünf Jahre später werden bereits Nahrungsmittelhilfen bei großen Hungersnöten oder Naturkatastrophen unter der Bedingung geleistet, dass die jeweilige Regierung des be-

Die kapitalistische Produktion, die auf Arbeitsteilung beruhte, benötigte Frauen, die eine neue Rolle erfüllten, eine Rolle, die sie personell wie gesellschaftlich deklassierte und reduzierte. Die Philosophen der bürgerlichen Gesellschaft, allen voran Jean Jaques Rousseau, definierten diese Rolle als die natürliche Bestimmung der Frau. Die kapitalistische Gesellschaft, die sich auf der Grundlage der kolonialen Reichtümer entwickelte, bedurfte einer Klasse von Menschen, die man skrupellos versklaven oder vernichten konnte. Ihre Philosophen erdachten eine entsprechende „Natur des Wilden“. Selbst Voltaire, der ansonsten die Gleichheit der Menschen postulierte, erklärte in diesem Zusammenhang: „Es gibt in jeder Menschenrasse wie bei den Pflanzen ein Prinzip, das sie differenziert. Deshalb sind Neger Sklaven der anderen Menschen.“ [53]

Frauen und Wilde waren nun die Anderen, die sich von dem Menschen an sich, dem weißen Mann, unterschieden auf Grund von Naturgesetzen, die – im Gegensatz zur göttlichen Ordnung – als wissenschaftlich belegt und daher auch nicht hinterfragbar behauptet wurden.

Mit zunehmender Differenzierung der Wissenschaften in einen geisteswissenschaftlichen und einen naturwissenschaftlichen Zweig, übernahmen die Naturwissenschaften weitgehend die Aufgaben der Philosophie. Biologen belegten nun scheinbar, was die Philosophen nur behauptet hatten. Die Sozial-Biologie differenziert die Menschen in Rassen und Geschlechter, denen sie jeweils unterschiedliche Charakteristika zuschreibt, die, als biologisch determinierte, auch durch soziale Veränderungen nicht variierbar seien. Frauen sind demnach qua Geschlecht passiv und emotional, Männer dagegen aktiv und rational. Schwarze sind qua „Rasse“ kindlich und neigen zur Heimtücke, Gelbe sind fleißig und gehorsam, Juden raffgierig, und so weiter.

In den 60er und 70er Jahren dieses Jahrhunderts wurde die Sozial-Biologie bis zu einem gewissen Grad von den Gesellschaftswissenschaften verdrängt, die Theorie von der sozialen Geprägtheit und damit Veränderbarkeit des Menschen setzte sich partiell in Forschung und Öffentlichkeit durch. Heute gilt sie wieder als brauchbares Erklärungsinstrument für menschliches Verhalten. Die Genforschung zum Beispiel, die von der Prämisse der biologischen Determiniertheit des Menschen ausgeht, behauptet, sie könne Alkoholismus, Kriminalität und andere soziale Phänomene aus der Genstruktur der einzelnen Menschen erklären.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts entwickelte der englische Pfarrer und Gelehrte Thomas Robert Malthus eine Theorie der Überbevölkerung. In seinem ersten „*Essay on the Principle of Population*“ erstellte Malthus ein Gesetz, nach dem sich die Nahrungsmittel in arithmetischer Reihe, die Menschen dagegen in geometrischer Reihe vermehrten. In der Folge gäbe es immer mehr Menschen und immer weniger Nahrungsmittel – das heißt immer mehr Menschen, die sich nicht ernähren könnten. Malthus ging davon aus, dass die Menschen sich in

verändern, was sie auch tat. Sie erreichte durch ihren Protest in den letzten drei Jahren das Verbot von Versuchen mit Norplant und das Verbot von Versuchen zu einem gentechnisch hergestellten Schwangerschaftsimpfstoff. [52]

X.

Bevölkerungspolitik wird nicht heimlich betrieben. Im Gegenteil, sie wird offen propagiert, und stößt in den Ländern der „Ersten Welt“ auch bei Kenntnis der angewandten Methoden weitgehend auf Zustimmung. Es existiert in den Metropolen ein gewisser Konsens darüber, dass Bevölkerungspolitik in der sogenannten Dritten Welt richtig und notwendig ist. Dieser Konsens verdankt sich nicht nur den Erfolgen der Akzeptanzforschung. Er resultiert aus einer inzwischen 500jährigen Geschichte des Rassismus und damit auch einer 500jährigen Geschichte europäischer (später auch weißer US-amerikanischer) Privilegien.

Eine gerechte Verteilung der Reichtümer dieser Erde würde diesen Privilegien ein Ende setzen. In einer auf gerechter Verteilung beruhenden Weltordnung müsste niemand mehr in Armut leben, es wäre aber auch niemandem erlaubt, Ressourcen zu verschwenden. Der weiße Mensch begreift sich als christlich und/oder sozial und/oder aufgeklärt denkender und handelnder Mensch. Als solcher dürfte er die Ausplünderung der drei Kontinente und ihrer Menschen nicht hinnehmen. Als solcher müsste er konsequenterweise auf seine Privilegien verzichten. Das materielle Interesse des weißen Menschen am Erhalt seiner Privilegien widerspricht somit der von ihm entwickelten philosophischen Ethik.

Um dieses Dilemma, auf das er nicht erst heute stieß, zu lösen, entwickelte er eine Philosophie der Differenz. Den Christen, die im Mittelalter die „Heiden“ schlachteten, erschien ihr Tun noch gottgewollt. Der Mensch der europäischen Aufklärung jedoch hatte sich von der gottgewollten Ordnung abgewandt, er musste die Begründungen für sein Tun in weltlichen Gesetzen und Gesetzmäßigkeiten suchen. Der Begriff Mensch ist hier allerdings verfälschend. Nicht *die* Menschen der sogenannten Aufklärung beuteten die Kolonien aus und entwarfen zu ihrer Legitimierung eine Differenz-Philosophie. Die Hälfte der europäischen Menschen des späten 17. und des 18. Jahrhunderts waren Frauen, die Mehrheit der Gesamtbevölkerung Arme. Frauen und Arme waren jedoch von der Differenz-Philosophie selbst betroffen. Und sie profitierten – vorerst – nur marginal von der Ausplünderung der Kolonien.

Wurden bisher bestimmten Menschengruppen bestimmte Eigenschaften als gottgewollt zugeschrieben, so wurden sie nun als natürlich bedingt erklärt. Gleichzeitig wurde die Hierarchie zwischen den Menschen erweitert und verfestigt.

troffenen Landes bevölkerungspolitische Maßnahmen ergreift. Das heißt konkret: Hungernde Menschen bekommen nur dann zu essen, wenn sie sich sterilisieren lassen.

1969 empfiehlt Weltbank-Präsident McNamara die Zentralisierung der UN-Bevölkerungspolitik. In der Folge gründet die *Weltbank* die *UNFPA*, die nominell eine Unterorganisation der Vereinten Nationen darstellt, praktisch jedoch ein Instrument der *Weltbank* und der US-amerikanischen *Agency for International Development* ist. 1974 organisiert die UNO die „Weltbevölkerungskonferenz“ in Bukarest und verabschiedet am Ende der Konferenz einen Welt-Bevölkerungs-Aktionsplan. Die Industrieländer, auf deren Initiative die Konferenz zurückging, hatten inzwischen die Vorteile von Bevölkerungspolitik erkannt. Es gelang ihnen jedoch nicht, die Vertreter der armen Länder davon zu überzeugen. Auf der UNO-Konferenz in Bukarest hielten die Delegierten der armen Länder den Abgesandten der reichen Nationen noch entgegen, dass angesichts des Elends in ihren Ländern viele Kinder unverzichtbar seien. Nur die Kinder könnten die Existenz ihrer Eltern im Alter sichern, nur die Mitarbeit der Kinder könne überhaupt eine Familie ernähren. Der Vertreter Algeriens verurteilte Bevölkerungspolitik dezidiert als heimtückischen Plan des US-Imperialismus.

Zehn Jahre später, auf der Weltbevölkerungskonferenz in Mexiko hatte sich die Situation drastisch verändert. Fast alle Länder der sogenannten Dritten Welt befürworteten nun Bevölkerungspolitik. Und in fast allen Ländern existierten bereits bevölkerungspolitische Einrichtungen und agierten die internationalen bevölkerungspolitischen Organisationen. Einigen Ländern war es gelungen, ihre Geburtenraten zu senken. Doch von dem erhofften beziehungsweise versprochenen Wohlstand, der daraus resultieren sollte, waren sie weiter entfernt als je zuvor.

In diesen zehn Jahren zwischen den UNO-Konferenzen in Bukarest und in Mexiko hatte sich die Politik der Weltbank und des IWF in Bezug auf die wirtschaftliche Nutzung der drei Kontinente verändert. Sie richtete sich nicht mehr primär auf die Schaffung von Absatzmärkten, sondern auf den Aufbau von Weltmarktfabriken und Freien Produktionszonen. Die Menschen in der sogenannten Dritten Welt waren als Billigstarbeitskräfte wichtiger denn als mögliche Konsumenten. Ganze Kontinente wurden nun gewaltsam umstrukturiert. Die landwirtschaftliche Produktion wurde noch weiter verringert und konzentriert, noch mehr Menschen auf dem Land verloren ihre Existenzgrundlage und waren gezwungen, in die Städte abzuwandern. Unterstützt wurde die ökonomische Umstrukturierung durch direkten Zwang, wie zum Beispiel die Kürzung von Nahrungsmittellieferungen und die Vergabe von Nahrungsmitteln unter bestimmten Bedingungen. Die Zahl der verarmten Menschen wuchs stetig, gleichzeitig gerieten die Staaten der sogenannten Dritten Welt immer tiefer in die Abhängigkeit

von US-amerikanischen und europäischen Banken und vor allem von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds. Diese beiden Organisationen vergeben günstigere und schnellere Kredite als einzelne Banken, sie knüpfen ihre Kredite jedoch an ganz bestimmte Bedingungen, die sie je nach den Erfordernissen des internationalen Kapitals verändern und erweitern.

Der IWF hat Maßnahmenpakete entwickelt, die die Schuldnerländer mit den Krediten automatisch übernehmen müssen. Diese sogenannten Strukturanpassungsprogramme beinhalten unter anderem die Reduzierung der Sozialleistungen, wie auch Bildung und Gesundheitsfürsorge, das Einfrieren der Löhne, die Abwertung der nationalen Währung, die Abschaffung von Ausfuhrzöllen und der Versteuerung von ausländischem Investitionskapital, etc. Und sie beinhalten immer die Einführung beziehungsweise das Zulassen von bevölkerungspolitischen Maßnahmen. Angesichts der Kombination von Verschuldung, Massenarmut, Hungertoten, drohenden Aufständen und den von Weltbank und IWF verordneten Strukturanpassungsmaßnahmen werden die Ergebnisse der UNO-Konferenz in Mexiko besser verständlich. Im Anschluss an die – in ihrem Sinne – erfolgreiche Mexiko-Konferenz verdoppelte die Weltbank ihren Etat für Bevölkerungspolitik. [26]

VI.

Die politische Durchsetzung von bevölkerungspolitischen Maßnahmen ist erst ein Schritt. Bevölkerungspolitik wird nicht gegen Regierungen praktiziert, sondern gegen konkrete Frauen. Und die Frauen müssen erst zur erwünschten Reduzierung ihrer Fruchtbarkeit gebracht werden.

Immer wieder wird von den einschlägigen Organisationen die Freiwilligkeit ihrer bevölkerungspolitischen Programme betont. Es handelt sich hier zum Teil um eine bewusste Lüge, zum Teil um eine Verschleierung der wahren Umstände. Lüge insofern, als in mehreren Ländern auch Zwangssterilisierungen durchgeführt wurden. In Guatemala zum Beispiel wurden Ende der 70er Jahre zehntausende männliche Indigenas von paramilitärischen Verbänden der Großgrundbesitzer ermordet und zehntausende weibliche Indigenas zwangssterilisiert. Ebenfalls auf Zwang beruht die seit Mitte der 60er Jahre praktizierte Erpressung Essen gegen Sterilisation. In Bangladesch zum Beispiel wurde nach einer Flutkatastrophe im Mai 1984 die Vergabe von Nahrungsmitteln an die Sterilisierung der Frauen geknüpft. An die 80 Prozent der Frauen in der betroffenen Region wurden damit für immer unfruchtbar gemacht. [27] Weitverbreitet ist ebenfalls die Praxis, den Frauen die Endgültigkeit einer Sterilisierung zu verschweigen. Die Auswertungen der Weltbankprogramme von 1983 und 1984 haben

schungsgruppe aus Bombay, die mit Unterstützung des Frauenzentrums eine Umfrage durchführte, berichtete, dass allein in Bombay im Jahre 1982 zehn Frauen pro Tag eine Amniozentese hatten machen lassen. [48] Seit etwa Anfang der 80er Jahre regt sich in Indien Widerstand gegen diese Praktiken. Er stößt jedoch nicht nur von Regierungsseite, sondern auch von Seiten der betroffenen Frauen auf Ablehnung. Der Test zur vorgeburtlichen Geschlechtsfeststellung kostet 70 bis 500 Rupien, das sind etwa 10 bis 70 Mark, ein Betrag, den auch Frauen beziehungsweise Familien aus den ärmeren Schichten irgendwie aufreiben können. Eine Umfrage in einigen Slums von Bombay ergab, dass die Frauen lieber 200 oder sogar 800 Rupien ausgaben, um die Geburt eines Mädchens zu verhindern, als später Tausende von Rupien an Mitgift bezahlen zu müssen. Die indische Frauenbewegung versucht daher in erster Linie, die Frauen selbst zu erreichen. Sie führt Aufklärungskampagnen und Aktionen durch, organisiert Mahnwachen vor Kliniken und mobile Stadtteilstellen, auf denen sie ihre Ideen durch Lieder, Sketche und Videofilme vorstellt. Ihr Slogan ist „Schafft die Unterdrückung ab, nicht die Frauen“ [49]. Unter diesem Motto agiert auch in Bombay das 1985 gegründete *Forum against Sex Determination and Sex Pre-Selection*, ein breites Bündnis aus Frauen-, Medizinerinnen und Mediziner-, Menschenrechts- und Gesundheitsgruppen. Das Forum fordert das generelle Verbot von Amniozentese zum Zweck der Geschlechterbestimmung. [50]

In Cusco in Peru formiert sich Ende der 80er Jahre ein breites Bündnis von Frauengruppen gegen Bevölkerungspolitik. Die Frauen protestieren insbesondere gegen die Projekte, die die US-amerikanische Organisation AID und das bundesdeutsche *Ministerium für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit* in ihrem Land durchführen. Generell fordern sie eine umfassende Sexualerziehung und die Mitverantwortung der Männer in Verhütungsfragen. [51]

In Brasilien kämpfte die Frauenbewegung seit Ende der 70er Jahre für eine selbstbestimmte Sexualität der Frauen – und damit für den freien Zugang zu Verhütungsmitteln. Die feministischen Frauengesundheitszentren, die sich zu Anfang der 80er Jahre in Brasilien formierten, forderten „reproduktive Rechte“ im Zusammenhang mit umfassenden sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen, das heißt, sie verlangten eine allgemeine Verbesserung der Lage der Frauen. Ihr Erfolg war jedoch nur ein scheinbarer. Die brasilianische Regierung änderte Anfang der 80er Jahre ihre Geburtenpolitik, die bisher pronatalistisch gewesen war. Diese Änderung beruhte auch auf dem Druck von Seiten der Frauen, vor allem aber auf dem Druck, den IWF und Weltbank auf das Schuldnerland Brasilien ausübten. Brasilien betrieb nun intensive Bevölkerungspolitik, Millionen Frauen wurden sterilisiert, Millionen schwer gesundheitsschädigende Pillen im ganzen Land verteilt, neue hormonelle Kontrazeptiva an den Frauen des Landes getestet. Die Frauenbewegung musste daraufhin ihre eigene Politik radikal

als Handelnde, als Subjekte, die sich selbst wehren. Die folgenden Beispiele für organisierten Widerstand gegen Bevölkerungspolitik in den drei Kontinenten sind daher sicher nicht die einzigen und vielleicht auch nicht einmal exemplarisch.

Seit 1984 gibt es in Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch, die Organisation UBINIG. UBINIG ist eine Abkürzung für *Policy Research for Development Alternatives*. Einer der Schwerpunkte der politischen Arbeit von UBINIG ist der Kampf gegen bevölkerungspolitische Maßnahmen. Einen ersten großen Erfolg verzeichnete die Organisation, als sie zwei Studien veröffentlichen konnte, die internationales Aufsehen erregten: Die eine beschäftigte sich mit dem hormonellen Implantat Norplant, die andere mit Impfversuchen, die in einer Region von Bangladesch an Frauen durchgeführt wurden. [45] UBINIG organisierte auch die internationale Konferenz gegen Bevölkerungspolitik 1989 in Comilla, an der, trotz enormer Behinderungen, 140 Frauen aus 32 Ländern teilnahmen. Hier ein Zitat aus dem Bericht einer Konferenzteilnehmerin:

„UBINIG hatte (...) beschlossen, die Konferenz offiziell von staatlichen Stellen genehmigen zu lassen, um nicht zu riskieren, während des Treffens ständig mit einem Verbot rechnen zu müssen. (...) Es ist keine Frauenkonferenz angemeldet worden, das hätte einen Affront gegen herrschende ‚Sitten‘ bedeutet und einen Vorwand zum Verbot bieten können. – Aber die Teilnehmerinnen waren eben Frauen. Auch das ‚Reizwort‘ Bevölkerungspolitik wurde im Vorfeld vermieden, um nicht Interventionen der staatlichen und privaten Lobby zu diesem ‚Problem Nr. 1‘ zu provozieren. (...) Die Genehmigung für die Konferenz ist erst eine Woche vor Beginn erteilt worden. Bis dahin hatten einige Frauen Schwierigkeiten, ein Visum für die Einreise nach Bangladesch zu bekommen. Die Botschaften waren teilweise über die Konferenz informiert (...). (...) Im Nachhinein ist herausgekommen, dass zumindest der indische Geheimdienst Informationen über die Konferenz und die (indischen) Teilnehmerinnen eingeholt hat.“ [46]

Am Ende der Konferenz verabschiedeten die Teilnehmerinnen die „Erklärung von Comilla“, in der sie sich scharf gegen Bevölkerungspolitik und insbesondere gegen gen- und reproduktionstechnische Projekte aussprechen. [47]

Von dieser modernen Forschung, die vorerst noch in erster Linie in der sogenannten Ersten Welt getestet und propagiert wird, sind die indischen Frauen bereits direkt betroffen. Seit Mitte der 70er Jahre gibt es in Indien Kliniken und eigens dafür eingerichtete Zentren, die mittels Amniozentese das Geschlecht des Fötus feststellen – und anschließend Abtreibungen vornehmen. Abgetrieben werden die weiblichen Föten. Die Times of India sprach in einem Kommentar von 78 000 abgetriebenen weiblichen Föten im Zeitraum 1978 bis 1982. Eine For-

geben, dass in über 40 Prozent der Familienplanungszentren Frauen nicht über die Endgültigkeit von Sterilisation informiert wurden. [28]

Doch auch dort, wo die Frauen nicht direkt beziehungsweise sichtbar mittels Zwang zu Eingriffen in ihre Fruchtbarkeit gebracht werden, kann von Freiwilligkeit nicht gesprochen werden. Die am weitesten verbreitete Methode zur Durchsetzung von bevölkerungspolitischen Programmen ist die Motivation mittels materieller Leistungen. Frauen, die bereit sind, ihre Fruchtbarkeit zu beschränken, erhalten zum Beispiel einmalige Geldgeschenke, Kleider oder Kredite. Paare, die Familienplanung betreiben, erhalten Kredite oder Produktionsmittel zu günstigen Konditionen. Auch hier handelt es sich um, wenn auch nicht auf den ersten Blick sichtbare, Erpressung.

In Bangladesch erhalten Sterilisationswillige 175 Taka (circa 17,50 Mark), das ist mehr als das monatliche Durchschnitts-Prokopfeinkommen. Zusätzlich bekommen die Frauen einen Sari (traditionelles Kleid), den sie selbst nie bezahlen könnten. [29] In Thailand wird die individuelle Motivierung durch sozialen Druck verstärkt. Ein Dorf, in dem die gewünschte Anzahl von Paaren Verhütung betreibt, bekommt einen Wassertank oder ein bestimmtes Kontingent an Düngemitteln und Saatgut. [30] In Indien werden an Frauen, die sich sterilisieren lassen, 100 bis 300 Rupien ausbezahlt, das entspricht 12 bis 35 Tageslöhnen eines Landarbeiters. [31]

Die neueste Entwicklung – seit dem Weltbevölkerungsbericht 1989 – geht in Richtung „integrierte Maßnahmen“. Wie schon dargestellt entdeckten die Vereinten Nationen und die Weltbank die Frauen als Faktor und gaben die Devise aus „In Frauen investieren“.

Zwei Beispiele für solche „integrierten Maßnahmen“, an denen die Bundesrepublik finanziell entscheidend mitbeteiligt ist, sollen diese neuen Programme erläutern. In Thailand praktiziert die PDA, die größte Familienplanungs-Institution des Landes, ein sogenanntes Schweinezuchtprogramm unter dem Motto „Überlasse die nächste Schwangerschaft dem Schwein!“. Frauen, die Verhütung praktizieren, erhalten junge Schweine zur Mast und dazu verbilligtes Futter. Die Frauen erlangen durch dieses Programm jedoch nicht die versprochene Selbstständigkeit und Unabhängigkeit. Sie geraten in Abhängigkeit von den Futterlieferungen durch die PDA und sie dürfen die gemästeten Tiere nicht selbst auf dem freien Markt verkaufen, sondern müssen sie an die PDA abgeben, die ihnen nur ein marginales Einkommen dafür bezahlt und die Tiere dann zum eigenen Profit vermarktet. [32]

Nach einem ähnlichen Muster funktioniert das „Small Farmers Fair Price“-Programm. Hier erhalten Bäuerinnen, die Familienplanung betreiben, zuerst Kredite für Saatgut und Düngemittel. Die erwirtschafteten Produkte werden ihnen dann zu relativ günstigen Bedingungen von der PDA abgekauft. Da die Frau-

en jedoch von ihrem Gewinn die Kredite abbezahlen müssen, gelingt es ihnen kaum, der Abhängigkeit von der PDA zu entinnen und ein wirklich unabhängiges Einkommen zu erlangen. Die PDA verkaufte Teile der von den Bäuerinnen produzierten Lebensmittel in einem Flüchtlingslager an der kambodschanischen Grenze. Gemeinsam mit dem UNHCR bot sie den Flüchtlingen Nahrungsmittel – und Familienplanung an. [33] Es stellt sich die Frage, ob die Abgabe der Nahrungsmittel an die Bedingung geknüpft war, Verhütung zu betreiben.

Die beiden angeführten Beispiele aus Thailand sind exemplarisch für die neue Strategie der Bevölkerungspolitiker. Sie haben erkannt, dass Motivation erfolgreicher sein kann als Zwang, und dass die direkte Einbeziehung der Frauen, nicht nur als Objekte, sondern als angeblich förderungswürdige Subjekte von Familienplanung sowohl auf der propagandistischen als auch auf der praktischen Ebene Vorteile hat. Eine Politik, die sich gegen das „Weltproblem Nummer eins“ richtet, kann sich jedoch nicht auf einen so unberechenbaren Faktor wie die Frauen verlassen. Trotz aller Motivationsstrategien stößt Bevölkerungspolitik immer wieder auf Ablehnung und Widerstand. Ein Schwerpunkt der Forschung liegt daher in der Entwicklung möglichst langfristig wirksamer oder idealerweise irreversibler Verhütungsmethoden.

VII.

Die Pille erwies sich als ungeeignet für die Frauen der armen Länder – sie konnte von ihnen jederzeit in eigener Entscheidung wieder abgesetzt werden. Dasselbe gilt für Sprays, Cremes, etc. Kondome erfordern die Bereitschaft des Mannes, sich an Familienplanung praktisch zu beteiligen, und diese Bereitschaft ist kaum gegeben. Außerdem kann sie ebenso wenig kontrolliert werden, wie die Bereitschaft der Frau, ein Spray zu benutzen, oder die Pille regelmäßig zu schlucken. Kontrolle ist es aber, worauf es den Bevölkerungspolitikern in erster Linie ankommt.

Die pharmazeutische Industrie entwickelte daraufhin die sogenannten „Dreimonatsspritzen“, das heißt Hormoninjektionen mit einer kontrazeptiven Wirkungsdauer von einem bis zu drei Monaten. Die bekanntesten dieser Mittel sind Depo-Provera des US-Konzerns Upjohn und Net-En des Berliner Schering-konzerns. Die Verabreichung dieser Injektionen ist einfach und kostensparend: Mobile Teams fahren alle drei Monate über die Dörfer, um die Frauen abzuspritzen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Teams sind meist Laien, die nur kurz und unzulänglich für ihre Aufgabe geschult wurden. Informationen über die massiven Nebenwirkungen dieser Mittel besitzen sie selbst kaum und geben sie nicht an die Frauen weiter.

Anfang 1991 erklärte der Vorsitzende des mexikanischen parlamentarischen Untersuchungsausschusses auf einer Pressekonferenz: Jedes Jahr treiben etwa zwei Millionen Mexikanerinnen ab. Schätzungsweise 200 000 Frauen in Mexiko sterben jährlich an einer Abtreibung. 1989 wurden 180 000 Frauen nach einer verpfuschten Abtreibung in staatliche Krankenhäuser eingewiesen. Die privaten Krankenhäuser berichten sogar von 600 000 Fällen. [41]

Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass in Brasilien jährlich zwischen drei und vier Millionen Frauen abtreiben. 200 000 von ihnen werden mit schweren, oft tödlichen Komplikationen in Krankenhäuser eingeliefert. [42] In Kolumbien wird die Zahl der jährlichen Abtreibungen auf 280 000 geschätzt, das würde bedeuten, dass jede fünfte Schwangerschaft durch eine Abtreibung beendet wird. Die Hälfte aller Todesfälle bei Frauen in Lateinamerika resultiert aus einer Schwangerschaft und es wird angenommen, dass wiederum die Hälfte dieser Todesfälle durch unsachgemäß durchgeführte Abtreibungen verursacht wurde. [43] Insgesamt gerechnet sind in Lateinamerika die Folgen illegaler Abtreibungen bei Frauen im Alter von 15 bis 39 die Todesursache Nummer eins. [44]

IX.

Die Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika, die schwarzen, indigenen und puertoricanischen Frauen in Nordamerika, sind jedoch nicht nur Opfer des patriarchalen Imperialismus, sie wehren sich auch. Die Betreiber und Profiteure von Bevölkerungspolitik stoßen inzwischen häufig auf dezinierten oder auch „passiven“ Widerstand. Viele Frauen weigern sich einfach, das „Angebot“ der Familienplanungszentren zu nutzen. Nicht weil sie kein Interesse daran hätten, ihre Fruchtbarkeit selbst zu regulieren, sondern weil sie wissen, dass die vorhandenen „Angebote“ ihnen eher schaden als nützen. Feministinnen in der sogenannten Dritten Welt machen seit einigen Jahren den Widerstand gegen Bevölkerungspolitik zu einem Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit. Sie haben dabei mit massiven Schwierigkeiten auf den unterschiedlichsten Ebenen zu kämpfen, und sie geraten damit in direkte Opposition zu den Regierungen ihrer Länder, die, sei es aus eigenem Interesse, sei es unter Druck von IWF und Weltbank, Geburtenkontrolle zu einer entscheidenden Richtlinie ihrer Politik gemacht haben.

Über diesen Widerstand ist hier wenig bis gar nichts bekannt. Das liegt zum Teil daran, dass die publizistischen Möglichkeiten der Frauen in den drei Kontinenten beschränkt sind. Dazu kommt aber auch eine paternalistische Haltung von Seiten mancher Kritiker und Kritikerinnen von Bevölkerungspolitik in den Metropolen. Auch sie sehen die Frauen in der sogenannten Dritten Welt lieber als Opfer, als Objekte von Ausbeutung, denen geholfen werden muss, denn

ten gezwungen, so lange „weiter zu machen“, bis sie den erwünschten Sohn zur Welt bringen.

3. Von der generellen Ausschließlichkeit oder Gebrochenheit patriarchaler Herrschaft. In Kulturen mit matriarchalem beziehungsweise matrilinearem Erbe existieren noch heute weibliche Kommunikations- und Interaktionsstrukturen, die es den Frauen ermöglichen, bis zu einem bestimmten Grad eigene Entscheidungen zu überlegen und zu treffen. Entscheidend ist hierbei meistens wieweit es der kolonialen Herrschaft gelungen ist, christlich-patriarchale Strukturen in den jeweiligen Völkern durchzusetzen und soziale Strukturen, die eine bestimmte Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Frauen garantieren, zu zerstören.

4. Vom Zugang der Frauen zu vergleichsweise wenig schädlichen Verhütungsmitteln. Dieser Zugang ist fast nirgends gegeben. Die überwiegende Mehrheit der Frauen ist gezwungen, auf das vorhandene „Angebot“ zurückzugreifen, das ihre Gesundheit dauerhaft schädigt und nicht von ihnen selbst kontrolliert werden kann. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen der Frauen, die sich auf dieses „Angebot“ einließen, schrecken inzwischen viele davor zurück, überhaupt Familienplanung zu betreiben.

5. Von der politischen Haltung der Parteien oder Organisationen, in deren Einflussbereich die Frauen leben, oder in denen sie selbst aktiv sind. Befreiungsbewegungen und andere linke Gruppierungen in den drei Kontinenten lehnen häufig Geburtenkontrolle vehement ab. Diese Ablehnung speist sich aus mehreren Motiven. Sie resultiert unter anderem aus dem Wissen, dass Bevölkerungspolitik ein Instrument imperialistischer Ausbeutung, eine Form der präventiven Triage und eine Methode der präventiven Aufstandsbekämpfung darstellt. Die Ablehnung von Bevölkerungspolitik durch trikontinentale Befreiungs- und Oppositionsbewegungen impliziert aber häufig auch die prinzipielle Ablehnung von Familienplanung an sich. Diese Ablehnung beruht auf der patriarchalen Verfasstheit der Organisationen, ihrer meist männlichen Führer und ihrer männlichen Mitglieder. Auch Revolutionäre befürworteten die sexistische Arbeitsteilung und damit die Zuständigkeit der Frauen für die Produktion und Reproduktion des Nachwuchses. Auch sie sprechen Frauen das Recht ab, über ihre Fruchtbarkeit selbst zu bestimmen, während sie Frauen die Pflicht auferlegen, möglichst viele Kinder, also möglichst viel revolutionären Nachwuchs zu gebären.

Tatsache ist, dass Frauen auf der ganzen Welt ein Bedürfnis danach haben, ihrer Fruchtbarkeit nicht hilflos ausgeliefert zu sein und die Anzahl ihrer Kinder selbst zu bestimmen. Allein die Abtreibungszahlen beweisen dies anschaulich:

40 bis 70 Prozent der Frauen, die mittels Depo-Provera oder Net-En verhüten, leiden unter Zyklusstörungen, die von schweren Blutungen bis zum völligen Ausbleiben der Blutung reichen. Auch nach dem Absetzen des Medikaments halten die Zyklusstörungen bis zu einem Jahr an. Zudem gibt es Hinweise, dass vor allem Net-En die Immunabwehr der Frauen schwächt. In Europa und den USA sind diese Mittel inzwischen verboten oder als „Mittel zweiter Wahl“ eingestuft. In der Bundesrepublik zum Beispiel wird die Dreimonatsspritze Frauen in Psychiatrien, geistig behinderten Frauen, Sozialhilfe-Empfängerinnen und ausländischen Frauen verabreicht. [34] In den Ländern der drei Kontinente führten die starken Nebenwirkungen dieser Mittel dazu, dass viele Frauen sich weigerten, diese Methode weiter zu praktizieren. Sie erschienen nicht mehr in den Familienplanungs- oder Gesundheitszentren, wo die Spritzen ausgegeben wurden. Es bestand also die Notwendigkeit, nach langfristigeren Methoden zu forschen.

1972 wurde innerhalb der Weltgesundheitsorganisation das *Special Program for Research Development and Research Training in Human Reproduction* (WHO-HRP) eingerichtet. Dieses Forschungsprogramm ist inzwischen maßgeblich beteiligt an der Erforschung neuer langfristiger Kontrazeptiva. Es wird von einzelnen Regierungen der Industrienationen finanziert (unter anderem auch von der Bundesrepublik), von UNFPA und Weltbank. Die Pharmaindustrie führt im Rahmen dieses und anderer internationaler Forschungsprogramme nur noch praktische Auftragsarbeiten durch. [35] Sie spart dadurch enorme Kosten. Und sie gerät gleichzeitig aus dem Schussfeld ihrer Kritikerinnen. Einzelne Regierungen sind auch eher bereit, Testreihen zuzulassen, die eine UNO-Organisation an den Frauen ihres Landes durchführen will, als Tests durch die Pharmaindustrie, die mittlerweile weltweit in Verruf gekommen sind.

Ein erstes Ergebnis dieser internationalisierten und institutionalisierten Forschung war die Entwicklung der Hormonimplantate Norplant und Norplant 2. Sie werden in Form von Kapseln unter die Haut oberhalb der Armbeuge eingesetzt und sollen fünf Jahre lang empfängnisverhütend wirken. Diese Hormonkapseln können von der Frau selbst nur unter Gefahr von schweren Verletzungen und Verwachsungen entfernt werden. Dennoch versuchen immer wieder Frauen, sich die Kapseln herauszuschneiden, nicht zuletzt auf Grund der immensen Nebenwirkungen, unter denen sie zu leiden haben. Nach der Verabreichung von Norplant kommt es bei 70 Prozent der Frauen zu schweren Zyklusstörungen. Die Blutung kann mehrere Jahre völlig ausbleiben. Sie kann jedoch auch bis zu 90 Tage anhalten, was zu einer erheblichen Zunahme von Anämie führt. Zusätzlich treten Depressionen auf und andere psychische Störungen. Und auch hier gibt es Anzeichen dafür, dass das Immunsystem der Frauen geschwächt wird. [36]

Allen hormonellen Verhütungsmitteln ist gemeinsam, dass sie an den Frauen in der sogenannten Dritten Welt getestet werden. Entsprechen sie nicht

den Kriterien, die die Regierungen der Industrieländer für die Gesundheit weißer Metropolenfrauen aufstellen, werden sie trotzdem produziert und massenhaft in den drei Kontinenten zur Anwendung gebracht. Weiter gilt für alle hormonellen Verhütungsmittel, dass sie nur für weibliche Anwender entwickelt werden. Die Pille für den Mann könnte längst auf dem Markt sein. Doch die Anforderungen an die Verträglichkeit eines solchen Verhütungsmittels sind derart hoch, dass sie von der Forschung noch nicht eingelöst werden können. Außerdem verspricht die zu erwartende geringe Akzeptanz in der Zielgruppe keine großen Gewinne.

Im Rahmen der Genforschung und Reproduktionsmedizin werden zur Zeit – unter der Regie der Weltgesundheitsorganisation – kontrazeptive Impfstoffe entwickelt. Zwei Methoden werden dabei erprobt: Die eine zielt darauf, Frauen durch die intramuskuläre Injektion von Spermien für eine bestimmte Zeit unfruchtbar zu machen. Die andere soll eine Immunreaktion gegen das Hormon erzeugen, das die Einnistung des befruchteten Eies bewirkt. [37] Diese „Antischwangerschafts-Impfungen“ können problemlos und unauffällig mit anderen Impfungen, wie zum Beispiel gegen Tetanus, kombiniert werden. Abgesehen von den auch bei dieser Verhütungsmethode enormen Nebenwirkungen, könnten damit in Zukunft Millionen Frauen ohne ihr Wissen und ohne ihre Einwilligung unfruchtbar gemacht werden. Diese Vermutung liegt nahe, nicht nur aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit den Methoden der Bevölkerungspolitik, sondern auch aufgrund konkreter Aussagen von Seiten der einschlägigen Experten. So erklärte zum Beispiel WHO-Mitarbeiter David Griffin 1987:

„Häufig auftretende Schwangerschaften werden zu Epidemien. Um Epidemien zu vermeiden, stellt der Antischwangerschaftsimpfstoff eine sehr attraktive Waffe dar, die in das gegenwärtige Waffenarsenal integriert werden muss.“ [38]

Die erfolgreichste Waffe gegen die Fruchtbarkeit der Frauen war und ist die Sterilisation. Sie wird von den Bevölkerungskontrollorganisationen als die effektivste Lösung praktiziert. Effektiv ist sie vor allem aufgrund ihrer Endgültigkeit. Sterilisierte Frauen müssen nicht alle paar Monate oder Jahre aufs neue dazu gezwungen oder überredet werden, die Verhütung fortzusetzen. Auch das Problem des relativen Aufwandes einer Operation wurde gelöst. An sich erforderte dieser Eingriff sachliche Beratung, fachliches Können und optimale hygienische Bedingungen. Sterilisation wird vor allem durch das Verschließen der Eileiter, die Laparoskopie praktiziert. Die Laparoskopie ist nur unter Narkose möglich und sie erfordert Einschnitte in der Bauchdecke. In Ländern wie Bangladesch, Thailand, China und Korea wird diese Operation von Laien ausgeführt, die eine nur sechs- bis zehnmonatige Ausbildung erhalten haben. Die Operation wird von ihnen

schnell, schlampig und unsteril durchgeführt. In indischen Sterilisationscamps zum Beispiel werden täglich 300 bis 500 Frauen sterilisiert. [39]

Keine der beschriebenen Verhütungsmethoden wurde nach Kriterien entwickelt, die sich auf die Interessen und die gesundheitliche Unversehrtheit der Frauen beziehen. Nach welchen Kriterien das ideale Verhütungsmittel tatsächlich entwickelt werden soll, beschreiben die Grünen an Hand des WHO-Forschungsprogramms in einer Großen Anfrage an die Bundesregierung:

„Für das gesuchte Verhütungsmittel, das endgültig alle Bevölkerungsprobleme lösen soll, werden folgende Kriterien aufgestellt: Es sollte lange wirken, Schwangerschaften sicher verhüten und gegebenenfalls reversibel sein. Seine Verbreitung muss leicht, flächendeckend und billig auch in Gegenden ohne entsprechende Infrastruktur möglich sein und die Benutzung keine hohe eigene Motivation der Frauen erfordern. (...) Die Forschungen nach neuen Verhütungsmitteln konzentrieren sich auf solche Mittel, deren Anwendung von außen kontrolliert werden kann und bei denen Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Frau ausgeschaltet sind.“ [40]

VIII.

Die Frauen in den drei Kontinenten haben ebenso wie die Frauen in den Metropolen ein vitales Interesse daran, ihre Fruchtbarkeit selbst zu regulieren. Die Zahl von Kindern, die eine Frau zur Welt bringt, hängt (unabhängig von ihrem ganz persönlichen, individuellen Bedürfnis, viele, wenige oder keine Kinder zu haben) von verschiedenen Faktoren ab:

1. Von der Notwendigkeit, die Kinder für das materielle Überleben darstellen. In zahlreichen Ländern können nur viele Kinder die Existenz der Familie und die Existenz der Eltern im Alter garantieren. Sie werden für die Arbeit auf dem Feld, im informellen Sektor und in der Hauswirtschaft benötigt, die von nur drei oder vier Menschen nicht bewältigt werden könnte.

2. Von der Notwendigkeit, die Kinder für die Anerkennung der Frau darstellen. In patriarchalen Gesellschaften wird der Wert einer Frau primär von ihrer Gebärfähigkeit bemessen. Je mehr Kinder, vor allem je mehr Söhne sie zur Welt bringt, desto höher sind ihre Chancen, ein anerkanntes Familienmitglied zu werden, oder auch einfach nur zu überleben. Kinderlose Frauen werden verstoßen und gelegentlich auch umgebracht. Frauen, die „nur“ Töchter geboren haben, sehen sich nicht sel-